

Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke

Hennig, Eike

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hennig, E. (1989). Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke. In H. Best (Hrsg.), *Politik und Milieu: Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich* (S. 119-154). Sankt Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337902>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Das sozialmoralische Milieu und seine Ausgestaltung vor Ort: Die historische Wahlanalyse kleiner Gemeinden und Stimmbezirke

Eike Hennig

“Die Kombinationsvariable ‘Region’ erwies erneut ihre Faszination, doch enthielt sie nur teilweise ihr Geheimnis. Ihre Varianzbindung bei Wahlanalysen ist hoch, während ihr Erklärungsbeitrag unklar bleibt 1).”

Heinrich Bests Resümee der Tagung “Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland 1867 – 1987” belegt zweierlei: (1.) die wahl- und elitenhistorische Forschung bestätigte wieder einmal die Bedeutung eines Faktorenbündels “Region”, (2.) diese Beobachtung bleibt jedoch diffus, wird pauschal nur als das raumzeitliche Surrogat, insbesondere für “partielle Modernisierung”, “Ungleichzeitigkeit” und/oder die “dichtere Ausgestaltung eines sozialmoralischen Milieus” angesprochen, gleichwohl wird “die Region” als eine relevante und evidente Größe (bzw. als ein Komplex von Störvariablen) zur “Erklärung” der empirisch nicht bestimmten Varianz, Determination und Schätzung der varianz-, korrelations- und regressionsanalytischen statistischen Modelle beschworen.

Dies ist ein unbefriedigender Zustand, doch zugleich eine Aufforderung und Anregung für einige weiterführende Betrachtungen, die wir mit einem Seitenblick auf konzeptionelle Überlegungen im Umkreis von Regional- und Landesgeschichte, Regionalbewußtsein und Landeskunde sowie regionaler politischer Kulturforschung beginnen. Es “entlastet” aber die sozialwissenschaftlichen Wahl- und Elitenforscher, daß in auch anderen (teilweise sogar in “klassisch” mit unserem Explanandum liierten) Disziplinen, die “Region” in ähnlicher Form als Zauberkasten (“black box”) behandelt wird: Bis hin zur “Freisetzung neuer sozialer Kräfte” und zur bewußten Aneignung von Heimat (G. Zang) soll der theoretische und praktische Nutzen der Regionalgeschichte beflügeln. - Demgegenüber wird hier ein schlichtes Ziel verfolgt:

Wie können “kleinräumig” orientierte historisch-sozialwissenschaftliche Studien konzipiert werden, um im Dialog mit empirischer Sozialforschung und Theoriebildung einige Hinweise auf die “Beeinflussungsmechanismen” (J. Falter) in sozialräumlichen und -moralischen Milieus zu vermitteln? Wie kann der Methodenfortschritt “ausgeklügelter” Wahlanalysen (P. Manstein) mit Ideen zur angemessenen Interpretation verbunden werden?

1) Heinrich Best, “Sozialstruktur und politische Konflikte in Deutschland”, in: PVS 29 (1988), S. 473.

1. Historische Regionalanalyse als vergleichende Aggregatdatenanalyse und als Analyse unterschiedlicher Aggregatebenen

(1.) Regionale Unterschiede aufzuzeigen und deren Entstehung, Begründung und (Über)Dauern aufzuklären, ist ein wichtiges Arbeitsfeld einer diachronen Sozialforschung 2), die methodologisch um die Verbindung "quantitativer" und "qualitativer" Verfahren der Datenerhebung und -interpretation sowie konzeptionell um die "Verschränkung einer 'Empirie von oben' mit der 'Empirie von unten' " bemüht ist 3). Denn: eine "Region" gilt gemeinhin zwar als kleinräumlich überschaubar, als Schlüssel zur Wirklichkeit hinter den Makrostrukturen und auch den Umfragedaten 4), aber jenseits des ideologischen Postulats gilt diese Bestimmung nicht als Selbstverständlichkeit, sondern als äußerst diffiziler und vielschichtiger Arbeitsauftrag.

(2.) Nachdem die eindeutige Bestimmung einer "Region" als Herrschaftsgebiet obsolet geworden ist (das Prinzip: "cuius regio, eius religio" ist durch Mobilität, Gedankenfreiheit und rechtsstaatliche Grundrechtsgarantie aufgelöst worden), herrscht Unsicherheit über den Charakter der "Region" und den Ansatz von Regionalanalysen vor. "Regionen" (Regionaleffekte bzw. Standortprobleme) finden Erwähnung, liefern vielfach und farbig Stoff für die "thick description" über die "historische Verstrickung" der Menschen in ihren "historischen Landschaften" (H. G. Wehling) und bleiben gleichwohl eine geheimnisvolle Restvarianz mit untergründig-ungeklärter Wirkung. Die Beschwörungsgeste lautet: Zahlreiche Besonderheiten, Trendabweichungen, Varianzen etc. gegenüber allgemein-obwaltenden Entwicklungsverläufen, Merkmalsausprägungen, Normen, Institutionen und Planvorgaben weisen auf die Existenz von Restgrößen hin, die als "Region" bezeichnet werden und eingebürgert sind. Es gibt sie also, die "Region", ohne daß seitens der "Heimatkunde" diese multidimensionale "black box" genügend ausgeleuchtet worden wäre.

Als Gleichzeitigkeit der Ursache von Besonderheiten und des Reflexes auf allgemeine Entwicklungen, als Brechung und Umsetzung allgemeiner Trends des kulturellen, sozialen und politischen Wandels vor dem Hintergrund teilweise eigener, in und aus sich geschlossener "Räume" und "Traditionen" kokettieren der Begriff "Region" und der regionalanalytische Themenzugriff mit dem Faszinosum augenscheinlicher Evidenz und mit dem methodenkritisch vorgetragenen Paradigma der konkreten Qualität einer Alltags- und Regionalgeschichte. Wenn aber der (berechtigte) methodenkritische Paradigmenwechsel auf halbem

2) Vgl. Heinrich Best, "Historische Sozialforschung als Erweiterung der Soziologie", in: KZfSS 40 (1988), S. 1 - 14.

3) Vgl. Eike Hennig, "Politischer Wandel und parochial-partizipative Politische Kultur-Formen", in: Dirk Berg-Schlosser, Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland = PVS, Sonderheft 18/1987, S. 96 - 111, bes. S. 96 ff.; vgl. auch Martin Baethge, Herbert Oberbeck, Zukunft der Angestellten (Frankfurt/New York 1986) bes. S. 409 ff.

4) Vgl. Gert Zang, Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne, Konstanz 1985.

Wege beispielsweise als "aufgeklärte Heimatkunde" (H. - G. Wehling) oder als ein "Mysterium der eingeborenen Theorie der historischen Subjekte" (H.-U. Wehler) steckenbleibt, d.h. wenn die mühsame Operationalisierung eines quantitativ-qualitativen Forschungsdesigns unterbleibt und im (oft kenntnislosen und pauschalen) Gestus der Zurückweisung von Quantifizierung, verallgemeinernden Theorien und entpersönlichter Professionalität gerinnt, dann wird das alltags-sprachlich zur Begründung von "Region" beschworene 'diffuse', 'kollektive', 'selbstbewußte' bzw. 'identitätsorientierte' "Raumbewußtsein" im elaborierten Sprachspiel wissenschaftlicher Programmentwürfe nur verdoppelt.

Dieser Zustand herrscht vor, wenn von "Heimatkunde" (gleich ob es sich um eine "aufgeklärte", "ökologische", "emanzipatorische", "antimilitaristische" oder gar um eine "revolutionäre" Spielart handelt), "Regionalgeschichte", "regionaler politischer Kultur" und "Spurensicherung" die Rede ist. Obwohl sich diese Zugriffe auf das raum-zeitlich ausdifferenzierte Verständnis von Besonderem und Allgemeinem untereinander unterscheiden, treffen sie sich doch in besagtem Eindruck und zeigen an - überzeugend gerade in dieser Pluralität -, daß der Perspektivwechsel hin zur regionalanalytischen Aufhebung der Trennung von "Politik-" und "Sozial"-Geschichte, von Personen (Akteuren) und Strukturen und von makro- und mikro-analytischen Zugriffsweisen und Methodologien noch nicht abgeschlossen ist. - Unklar ist, wie angesichts der wieder aufgenommenen Kritik am "schädlichen Einfluß unserer einförmigen philosophischen Theorien" der "Plan unserer Geschichte auf diese oder eine andere Art... zur Einheit" erhoben werden soll, was Justus Möser in seinen "Patriotischen Phantasien" (1774 - 1786) bei aller Hochschätzung für kleine Städte und "Kotterien" von einer deutschen Reichsgeschichte fordert. Wie aber ist die "Naturgeschichte (der Vereinigung)" (J. Möser) zu schreiben, zunächst aber erst einmal zu konzipieren?

Gegenwärtig werden die Probleme verdoppelt, sprachspielerisch von einer Ebene (Alltag) in die andere (Wissenschaft) verschoben: "Regionalität" definiert die Gegenstände der "Regionalgeschichte", deren "Regionsbegriff ...nicht in erster Linie staatlich-administrative Raumeinheiten bezeichnet, sondern auf tieferliegende Strukturen im Bereich des Naturraums, der Siedlung, des Kulturraums, der Wirtschaft verweist und sich ihren Wandlungen anzupassen versteht 5)."

Im Selbstlauf verweist der Gegenstand auf sich selbst, wenn es denn gilt:

"Eine regionale (ebenso wie eine lokale) politische Kultur ist Ausdruck einer regionalen (bzw. lokalen) Sonderentwicklung, ist nicht zuletzt also historisch bedingt. Somit ist eine regionale (bzw. lokale) politische Kultur zu einem wesentlichen Teil der Inbegriff regionaler und lokaler Traditionen, insoweit sie sich auch heute noch verhaltenskonditionierend auswirken, Einstellungen und Glaubensüberzeugen hervorbringen 6)."

5) Ernst Hinrichs, "Regionalgeschichte", in: Carl-Hans Hauptmeyer (Hrsg.), *Landesgeschichte heute* (Göttingen 1987), S. 18.

Derartigen Mythen und Tautologien entspricht die Bereitschaft, aus methodologischer Not eine verständnisvolle Tugend zu machen. Dies hemmt jedoch die Bemühungen um ein angemessenes Design und Instrumentarium. Selbst die Versuche zur Neustrukturierung und Verwissenschaftlichung der Deutung der "Region" stehen und verbleiben somit im Dunstkreis des Forschungsgegenstandes. Insbesondere der Arbeitskreis "Regionalbewußtsein und Landeskunde" (ebenso wie Gert Zang) drückt dieses Dilemma aus (und hofft auf eine Auflösung in der Praxis des in der Region beheimateten Forschers als eines für Sinnzusammenhänge einfühlsamen Analytikers 7):

"Regionalbewußtsein kann... nicht allein empirisch-analytisch im Sinne des szientistischen Wissenschaftsideals erfaßt werden. Es erscheint als geradewegs aussichtslos, einzelne Variablen zu isolieren und für eine Gliederung 'regionaler Bewußtseinsräume' heranzuziehen. Regionalbewußtsein ist für den einzelnen, der sich einem Raum zugehörig fühlt, das Ergebnis eines sehr komplexen und vermutlich wenig rationalen Aneignungsprozesses - möglicherweise ist es am ehesten als Ganzheit aufzufassen. Es scheint, daß auch der Wissenschaftler, der ein derartiges Phänomen erfassen will, gut beraten ist, dem durch die Wahl seiner Methoden Rechnung zu tragen 8)."

Wie? - Hans-Georg Wehling schließt den Zirkel, indem er die Interdisziplinarität der Gesellschafts- und Menschenwissenschaften beschwört und feststellt, daß die quantifizierende Messung von oberflächlichen Erscheinungen nicht ausreicht, weil qualitativ-hermeneutisch die Herkunft und Bedeutung der kollektiven Eigenheiten aufzudecken ist.

(3.) Folgerungen: In solcher Form erstarrt die methodologische Besinnung zum Ende eines Anfangs; die Gegenstandsbeschwörung weicht keinem analytischen Zugriff. Diese Haltung ist eine notwendige Konsequenz des Verzichts

6) Hans-Georg Wehling, "Regionale politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland", in: ders. (Hrsg.), *Regionale politische Kultur* (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1985), S. 11.

An neueren Überblicken zum Stand der NS-Regionalforschung und der Regionalforschung vgl. bes. Kurt Düwell, "Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse", in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 9 (1983), S. 287 - 344; Horst Kuss, "Die Ausbreitung nationalsozialistischer Herrschaft im westlichen Teil des Deutschen Reiches", in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 121 (1985), S. 539 - 582; Johnpeter Horst Grill, "Local and Regional Studies on National Socialism, in: *Journal of Contemporary History* 21 (1986), S. 253 - 294; Peter Steinbach, "Zur Diskussion über den Begriff 'Region'", in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 31 (1981), S. 185 - 210; ders., "Geschichte des Alltags-Alltagsgeschichte", in: *NPL* 31 (1986), S. 249 - 273; ders., "Annäherungen an die Wirklichkeit", in: *IWK* 23 (1987), S. 212 - 222.

7) Zahlreiche Regionalanalysen gründen in der Doppelrolle von "Forscher" und "Einwohner"; hier treffen sie sich durchaus mit dem Ursprung der meisten Beiträge aus den "Geschichtswerkstätten". Zur Problematik dieser Doppelrolle vgl. Eike Hennig, "Regionale Unterschiede bei der Entstehung des Faschismus", in: *PVS* 21 (1980), S. 152 - 173.

8) Hans H. Blotevogel, Günter Heinritz u. Herbert Popp, "Regionalbewußtsein", in: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 60 (1986), S. 106.

auf die Quantifizierung als einem Verfahren zur Bestimmung von "Region", die hier als ein typisches Verhältnis von "Spezialität" und "Allgemeinheit" angesehen wird:

Von "oben" - d.h. aus der Sicht gestuft-aggregierter Resultate (z.B. der Abstimmungsergebnisse und Strukturdaten auf Reichs-, Landes-, Kreis- und/oder Gemeindeebene) - kann "das Unten" als "Abweichung" (d.h. als "Varianz" bzw. "Standardabweichung" um einen von der höheren Aggregatebene vorgegebenen "Mittelwert" oder als "Streuung" gegenüber einer von der höheren Aggregatebene vorgegebenen Merkmalsverteilung) und/oder als "Zusammenhang" (d.h. als geringere oder größere "Korrelation") aufgefaßt werden. Politisch-geographische Gebietseinheiten bestimmen als eine Abfolge numerisch kleinerer und größerer Aggregate, die im Vergleich 9) betrachtet werden, den Zugriff auf die "Region".

Solche außerwissenschaftlichen (gleichwohl wissenschaftlich zu thematisierenden) Konnotationen wie die "Lust am Lokalen", die "Sehnsucht nach Identität" und/oder die "bewußte Zuordnung" auf einen "neuen Heimatbegriff" ("die Heimat liegt in der Zukunft", summiert Gert Zang) werden ebenso von den Rekonstruktionsbemühungen ausgeschlossen wie ein überlanger Blick auf die Wellen der "historischen Verstrickungen" von Menschen in ihren räumlichen, sozialen und zeitlichen Bezügen. Ersteres führt (wie angedeutet) zur Überladung des Perspektivwechsels mit nicht-operationalisierbaren Wünschen (mögen diese gleichwohl ein wichtiges und legitimes Motiv und ein Motor neuer Regionalanalysen und Sozialgeschichten "von unten" sein); letztere Sehnsucht nach der "longue durée" gesellschaftlicher Formierung und politischer Staatsbildung ist eine berechtigte antipositivistische Reaktion auf eine enthistorisierte, allgemeintheoretisierende Sozialforschung. Im Rekurs bis zum Augsburger Religionsfrieden (1555) oder auf den 30jährigen Krieg erscheint sie aber ebenfalls nicht wissenschaftsförmig behandelbar. (Der Gang der Sonderwegkontroverse dokumentiert, wie schwierig eine analytische Konzeption für eine longitudinal-vergleichende Perspektive zu gewinnen und auszuführen ist). Beide Legitimationsaspekte führen im Ergebnis zu einer ansonsten von den Sozialwissenschaften (Geschichte, Politikwissenschaft, Soziologie) überwundenen Ansprache von Kollektivsubjekten wie einer "Identität der Deutschen" (oder auch z.B. "des Saarländers").

Demgegenüber wird eine "Region" hier sehr verkürzt als eine Verwaltungseinheit (Land, Kreis) verstanden, die historisch über die in diesen Grenzen erhobenen Aggregatdaten erschließbar ist. Aggregatdaten werden in diesen Verwaltungseinheiten zumeist staatlicherseits geregelt erhoben (Statistik) und beziehen sich besonders auf soziale Gruppen, definierte Strukturen bzw. Kategorien und

9) Vgl. bes. den Beitr. von Ulrich Widmaier, "Vergleichende Aggregatdatenanalyse: Probleme und Perspektiven" (S. 79 - 94), in: Dirk Berg-Schlosser, Ferdinand Müller-Rommel, (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft (Opladen 1987).

auf Wählerpopulation. Aggregierte Umfragedaten oder gar Individualdaten mit Aussagen über individuelle Meinungen und Verhaltensweisen liegen für die Weimarer Zeit nicht vor, können lediglich näherungsweise erschlossen werden, insbesondere aus so divergierenden Quellen wie Umfragen (E. Fromm), (Auto)-Biographien und Bekenntnisliteratur, Sozialreportagen (z. B. S. Kracauer, H. R. Knickerbocker A. Stenbock-Fermor), Sozialromanen (z. B. A. Eggebrecht, H. Fallada L. Feucht, J. Petersen, E. Ottwalt, E. Reger, A. Seghers), politischen Romanen (z. B. W. Bredel, K. Neukrantz, W. Schönstedt) und aus solchen "alltagsbezogenen" Quellen wie Zeitungen und Filmen (vgl. S. Kracaurs sozialpsychologische Interpretation). Auch das Forschungsinstrument retrospektiv-diachroner Interviews liefert nur Eindrücke zum "Klima" sozialmoralischer Milieus" und Gruppenbeziehungen 10). Angesichts des Mangels an Individualdaten kann eine Kontextanalyse als die systematische Kombination von Individual- und Aggregatdaten im stringenten Sinn nicht durchgeführt werden. Methodisch hat dies Konsequenzen, weil es schwer ist, Individual- und Gruppen- sowie Struktureffekte gegeneinander abzuwägen, vor allem auch mangels stringenter Kontextanalysen die als Kontexteffekt aufgefaßte Wirkung einer "Region" oder eines "sozialmoralischen Milieus" schwer und nur unklar beschrieben werden.

Diese Datenlage hat zur Folge, daß Aggregatdatenanalysen überwiegen, denen unvermittelt die überwiegend ohne Vergleichsdimension und verbleichbares Design hermeneutisch arbeitenden historiographischen Regional- und Lokalstudien gegenüberstehen 11). Klassische Themen der Aggregatdatenanalyse sind die soziale Schichtung bzw. Sozialstrukturanalyse aufgrund der seit 1875 vorliegenden (in unserem Bezugszeitraum am 16.6.1925 und 1933 durchgeführten) Zählungen der Bevölkerung, Arbeitsstätten, Berufe und landwirtschaftlichen Betriebe 12) und (vor allem) die Wahlanalysen 13).

10) Allerdings werden "Zeitzeugen" zumeist überschätzt, wenn ihre Aussagen zur konkreten Datenrekonstruktion herangezogen werden. Es bedürfte einer eigenen Analyse, um zu klären: Was bezeugen die Gesprächspartner für welche Zeit? Kann ein "Zeitzeuge" vereidigt werden?

11) Vgl. dazu Eike Hennig, "Die politische Soziologie faschistischer Bewegungen und die hermeneutische Analyse nationalsozialistischer Selbstdarstellungen", in: KZfSS 34 (1982), S. 549 - 563.

12) Vgl. Theodor Geiger, *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes* (Darmstadt 1967, 1. Aufl. 1932); zum Datenstand vgl. jetzt verdienstvoll Reinhard Stockmann u. Angelika Willms-Herget, *Erwerbsstatistik in Deutschland* (Frankfurt/New York 1985), Reinhard Stockmann, "Historisch-vergleichende Studien zum langfristigen Wandel der Erwerbsstruktur in Deutschland", in: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung*, 44, (1987), S. 121 - 126.

13) Mittels "ökologischer Regressionsanalysen", d.h. über statistische Modellannahmen tasten sich die Wahlanalysen zunächst amerikanischer Autoren seit Beginn der 70er Jahre und dann seit Anfang der 80er Jahre vor allem die Studien von Jürgen Falter und seinen Mitarbeitern an die Ebene des "individuellen" Abstimmungsverhaltens bzw. - genauer -

Die klassische Frage der aggregierten Wahlanalyse lautet:

Wer wählt(e) wen?

Gefragt wird also nicht nach "Gesicht und Charakter" der NS(Wähler)Bewegung (C. Mierendorff), nicht danach: "Warum sie Hitler wählten?" (INFAS), sondern strikt reduktionistisch nach dem Umfang, der sozialkategorialen Beschreibung und der parteipolitischen Herkunft der Wähler der NSDAP in den verschiedenen Wahlgängen bis zum 5.3.1933. Bereits die Frage nach dem Geschlecht der Wähler läßt sich mangels systematisch und kontinuierlich erhobener Daten nur vage beantworten, so daß diese bewußte Begrenzung der Fragestellung angeraten erscheint. Im Zentrum steht die Frage: "Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?" oder "Wer wählte die NSDAP?", wie Titel der Arbeiten von J. W. Falter und G. Rünger lauten. Mit Fragen nach Sozialstruktur und parteipolitischer Herkunft soll "The Nazi Voter" (Th. Childers) gefunden werden, ergänzt durch die Frage nach den Mitgliedern und Funktionsträgern: "Who were the Fascists?" (St. Larsen u.a.). Bemerkenswerterweise wird die Frage nach den Wählergruppen öfter in personalisierter Form vorgetragen: "Wer wählte Hitler?" (R. Hamilton, K. O'Lesser, M. H. Levine, E.-A. Roloff, Th. Schnabel, H.A. Winkler) oder sogar: "Who, indeed, did vote for Hitler?" (Th. Childers), wobei es sich aber keineswegs um Analysen der Reichspräsidentenwahl vom 13.3. bzw. 10.4. 1932 handelt¹⁴).

Eine generelle Crux dieser Studien besteht darin, die sozialstrukturellen Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens (D. Hänisch) primär im Sinn eines als reichsweiter Querschnitt gefaßten Konstrukts - Childers' "The Nazi Voter" - darzustellen. Wesentliche Kontexteinflüsse sind die sozioökonomischen und konfessionellen "cleavages", die im Einzelfall gemäß einer Stadt-Land-Unterscheidung weiter ausdifferenziert werden. In regionalspezifizierender Hinsicht gehen diesbezüglich die sechs Cluster für unterschiedliche Typen ländlicher und städtischer Regionen (D. Hänisch) bzw. die sechs der elf Cluster, zu denen Mark Howard Levine (1976) seine konfessionellen, sozialstrukturellen und politisch Variablen gruppiert, am weitesten. So wie Levine seine Befunde präsentiert, kön-

an die Wechselwähler heran. Zur Regionalanalyse vgl. den Hinweis von Jürgen W. Falter, Dirk Hänisch, "Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 - 1933", in: Archiv für Sozialgeschichte 26 (1986), S. 179 - 216, hier S. 207; zur kritischen Darstellung des Standes der Wahlanalyse vgl. Manfred Küchler, Die Wahlerfolge der NSDAP bis 1932 im Lichte der modernen Wahlforschung, Referat im Rahmen der Ad-hoc Gruppe "Soziologie des Nationalsozialismus", 24. Deutscher Soziologentag, Zürich, Oktober 1988 (MS: S. 42).

14) Als Literaturdarstellung (m. Bibl.) vgl. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919 - 1933 (Frankfurt u.a. 1988); als Darstellung des Datenstandes vgl. Dirk Hänisch, Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik (Duisburg 1983), Jürgen Falter, Thomas Lindenberg u. Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (München 1986).

nen den Clustern die Reichstagswahlkreise zugeordnet werden, was einen sozial-räumlichen Überblick über die Merkmalsbündelungen ermöglicht.

Eine genauere räumliche Zuordnung von politischer Herkunft, Wahlverhalten und Sozialstruktur erlauben die politisch-ökologischen Untersuchungen, die z.B. das "tableau politique" (A. Siegfried) nach der sozialen Basis der NSDAP im städtischen Deutschland (S. A. Pratt, R. Hamilton), nach ihrer Ausbreitung in Landgebieten (Ch. P. Loomis/A. J. Beegle, R. Heberle, Z. Zofka) oder - zusammenfassend - nach der "Electoral Geography of the Nazi Landslide" (N. Passchier) befragen. Im Sinn einer Regionalanalyse bleiben aber auch diese politisch-ökologischen Studien bei noch zu weiträumig gefaßten "Mobilisierungsregionen" (N. Passchier) stehen. Regionalanalysen zeigen dagegen auf, daß auch diese Räume noch durch tiefgehende "cracks in the monolith" aufgespalten werden. Sozioökonomische "cleavages" und entsprechende sozialmoralische Milieunterschiede können selbst in einer Region Orte, die z. B. nur durch wenige Kilometer getrennt werden, klar voneinander unterscheiden. Gegenüber dieser regionalanalytischen Ausdifferenzierung fallen auch die Clusteranalysen und die politisch-ökologischen Korrelationen zu abstrakt aus. Ihr sachliches Problem besteht zudem, daß sie nur die dominierenden Mittelwerte und Zusammenhangsmaße berücksichtigen. Die von der Regionalanalyse betonte Varianz vor und sogar im "Ort" wird auf diejenigen Streumaße und Signifikanzen reduziert, die die Qualität z. B. eines Clusters als eine mehr oder weniger große Homogenität und Determination beschreiben. Das Erkenntnisinteresse liegt letztlich eben nicht auf der isolierten Region, sondern auf dem verallgemeinernden Vergleich. Regionalanalysen werfen demgegenüber die Frage auf, bis zu welchem Punkt diese Verallgemeinerung geht, wie "gewichtig" die Probleme sind, die als Heterogenität, Beliebigkeit oder Restvarianz außerhalb der statistischen Modelle bleiben müssen (gerade wenn diese strenge Wahrscheinlichkeitskriterien anlegen). Dieses Dilemma formuliert M. Rainer Lepsius am Ende seiner "tour d'horizon" durch den "Mittelstand", die "Bauern", die "Arbeiterschaft" und die "Katholiken" und durch die vier Differenzierungspunkte eines "schichtspezifischen", "substitutiven", "bezugsheterogenen" und "bezugsambivalenten" Nationalismus, ohne aber die grundsätzliche Anregung der sich anschließenden Frage aufzugreifen, nämlich wie weit 'kann' Besonderes verallgemeinert, wie weit 'kann' sich das Allgemeine vom Besonderen entfernen, ohne "schlecht-allgemein" (d.h. für Besonderheiten unkonkret, geschichtslos und nicht rückbeziehbar) zu werden¹⁵). Dennoch bezeichnet Lepsius den Ausgangspunkt dieser Irritation:

"Jedes soziale Phänomen ist in der Regel weit komplexer, als es soziologische Kategorien sein sollten, denn die Absicht der Soziologie liegt ja gerade darin,

15) Allgemein vgl. das Gespräch "Der wissenschaftliche und der philosophische Umgang mit Politik" in: Klaus v. Beyme, Ernst-Otto Czempiel u. Peter Graf Kielmansegg (Hrsg.) Funk-Kolleg Politik, Bd. 1 (Frankfurt 1987), bes. S. 92 ff.

soziale Phänomene, die in ihrer einmaligen Komplexität unvergleichbar sind, durch die Analyse der Konfiguration der sie konstituierenden strukturellen Elemente vergleichbar werden zu lassen 16)."

Diese methodologische Quadratur des Kreises zwischen Verallgemeinern und besonderer empirischer Sättigung wird seitens der wahlanalytischen Aggregatanalysen nicht thematisiert. Das entsprechende Korrektiv und Stimulans des regionalanalytischen Vergleichs wird zu selten aufgegriffen, konsequent (aber "nur" für die Ebene sozialstruktureller Bestimmungsgründe) widmet sich beispielsweise Michaela Wenniger Richter (1982) dem Vergleich der Entwicklungstrends im Reich und in Franken, während die Wahlstudien von Euskirchen (G. Rünger) und Göttingen (F. Hasselhorn) des Vergleichs entbehren. Regionalanalytische Ausdifferenzierungen spielen ebenfalls keine Rolle, wenn andere Spezifizierungen und Faktoren mit der Analyse aggregierter Wahldaten verbunden werden. (So beziehen R. Dee Wernette politische Gewalt, Th. Childers Propagandaaussagen und L. K. Waldmann mehrere politische Faktoren - u.a. "Issues", Nationalismus, Antisemitismus und die Bedeutung der Organisation - in die Zusammenhangsmaße und Bestimmungsgründe ihrer Wahlanalysen ein).

Wenngleich Wahlanalysen somit Regionalanalysen nicht ersetzen und schwerwiegende Abwägungen über die Aussagenreichweite und Aufmerksamkeitsrichtung der Analyse aufwerfen, so sind sie doch unverzichtbar für den hier vorgeschlagenen Zugriff von "oben" nach "unten", d.h. vom Querschnitt zur Streuung, zum Ausreißer und zur (noch?) nicht geklärten Varianz, zur "besonderen" Weite jenseits der "allgemeinen" Signifikanz und Mittelwerte. Gerade weil angesichts der Datenlage "strictu sensu" Kontextanalysen unmöglich sind, spielen die Wahldaten eine herausragende Rolle. Dies sind diejenigen Aggregatdaten, die direkt auf individuelles und soziales Verhalten (mehrfach im zeitlichen Prozeß des Krisenverlaufs zu Ende der Weimarer Republik erhoben) verweisen, die die interessierenden Muster der Verteilung politischer Macht beeinflussen. Wahlen sind schließlich ein "key mechanism of consensus" (S. M. Lipset), der auch die Gruppierungen in kleinen Orten zum Ausdruck bringt. Die Analyse der (lokalen) Listen verweist zudem auf die Rekrutierungsmuster von Eliten und auf die Bestimmungsgründe im Arbeitermilieu, die die Reputation von Repräsentanten bedeuten. Wahldaten verweisen so (anders als die "statischeren" und selteneren Sozialdaten der amtlichen Zählungen 1925 und 1933) auf die "Dynamik" der lokalen Produktion und erweiterten Reproduktion von Politik, sie stehen somit der Individualdatenebene nahe. Entsprechend den "Vorarbeiten", besonders von Childers, Waldmann und Dee Wernette und der Ausdifferenzierung der sozialstrukturellen Elektorate aus der Arbeiterschaft durch Falter (leider mangelt es - trotz Z. Zofkas, D. Arns und R. Koshars Graswurzelperspektive - an vergleichbaren Ausdifferenzierungen der mittel-/kleinstädtischen und ländlichen

16) M. Rainer Lepsius, *Extremer Nationalismus* (Stuttgart u.a. 1966), S. 38.

Eliten) kann die wahlanalytische Forschungsebene mit der inhaltsanalytisch aus Zeitungen, Propagandaaussagen und Retrospektivgesprächen interpretierten Ebene kollektiver Deutungen verbunden werden, was der Intention einer Kontextanalyse nahe kommt.

Für die Perspektive des Blicks von "oben", um dann, im Sinne der an Lepsius' Äußerungen anschließenden Überlegungen, ausgehend von "unten", "gehaltvolle" (d.h. gleichzeitig auf Fallanalysen rückkoppelbare wie das schier Einmalige überhöhende) Abstraktionen zu erarbeiten, sind wahlanalytische Verallgemeinerungen, Vergleiche und Vor-Studien unabdingbar. Nur sie ermöglichen eine quantitative Gewichtung politischer Deutungen, deren politikstiftende und machentscheidende Qualität und Optik vom Umfang der Elektorate/Adressaten radikal abweichen kann. Besonders diese Vor-Studien ermöglichen es, das regionalanalytische Untersuchungsfeld vorzustrukturieren, indem "relevante" Fragen und "Faktoren" nach den Mehr- und Minderheiten sowie den Kontinuitäten und Wandlungen aus der schier unendlichen Vielfalt qualitativ möglicher Fragen "herausgefiltert" werden. Beispielsweise setzt die Unterhaltung mit heute noch lebenden Zeitgenossen der seinerzeitigen Ereignisse und Prozesse einen Leitfaden und Vorkenntnisse beim Interviewer voraus. Diese Stimuli und Fokusse entstammen den Aggregatdatenanalysen (und Inhaltsanalysen), die auch die "Bewertung" der Gesprächsprotokolle anleiten.

Erst nachdem von "oben" her - mit Bezug also auf die Trendlinien etc. in übergeordneten politischen Gebietseinheiten - vergleichend die Besonderheiten (oder auch die Entsprechungen) einer "Region" (genauer: einer kleinräumlichen Verwaltungs- und statistischen Berichtseinheit) als quantifizierbare Ausprägung z.B. der Lage und Streuung von Häufigkeiten, der Verhältnisse von Daten sowie der Korrelation und Regression von Merkmalsausprägungen beschrieben worden sind, schließen sich die "qualitativen" Fragen nach den in den Aggregatdaten eingebundenen Erklärungen und Beweggründen an. Letztgenannte Fragen setzen die "Aufnahme" individueller Daten und sozialer Deutungen ebenso wie die Interpretation von Handlungen, Interaktion und Kommunikation voraus. Aber nicht die Erzeugung ausufernd-beliebiger Erzählungen ist das Ziel, sondern anhand der quantitativ begründeten Fragelinien wird beschreibendes Material gesucht, um die deskriptiv-statistisch konstatierten Abweichungen, Angleichungen, Gleichheiten und/oder Ähnlichkeiten mit der Alltäglichkeit sozialer und politischer Prozesse in der "Region" zu verbinden.

Die qualitativen Fragen werden gemäß der quantitativen Interpretationsvorgabe (besonders einer Wahl- und Inhaltsanalyse) bestimmt und ausgewählt. Sie dienen dem Zweck, die von "oben" her verstandene und vergleichend wahrgenommene "Besonderheit" als ein Produkt wechselseitiger Aktionen und Reaktionen, Ursachen und Reflexe sowie Konflikte und Anpassungen "verständlich" werden zu lassen. Dies betrifft einmal den Aspekt einer "qualitativen Empirie" vor Ort (z. B. durch diachrone Gespräche, Akten-, Inhalts- und "Kontext"-

analysen) und der sekundäranalytischen Auswertung "vergleichbarer" Regionalstudien, zum anderen - und vor allem - aber gelten diese qualitativen Fragen der Suche nach "allgemeinen Erklärungssätzen" (nach "Theoremen" und letztlich "Theorien"), welche die regionalen Besonderheiten als Indikator auffassen, z.B. für Brechungen, Ungleichzeitigkeiten, Partialisierungen, Umdeutungen, Verstärkungen, Beschleunigungen und/oder Hemmnisse hochaggregiert und/oder metropolitan-zentral feststellbarer Ablaufprozesse.

In keinem Fall hat "das Unten" und haben die qualitativen Forschungsaufgaben einen selbstgenügsamen Eigenwert, wenngleich die "thick description" etwa einer Befragung alter Menschen (sog. "Zeitzeugen") leicht Gefahr läuft, sich zu verselbständigen, wenngleich im Archiv eine "Einsicht" oft unter Blättern und Vorlagen zu ersticken droht.

Diese Datenebene und diese Arten der Datenerfassung sind nur ein Teil eines letztlich von "oben" entworfenen Forschungskonzepts, das so jedoch vor den Gefahren des bloßen Überwurfs allgemeiner Rechentechniken, eines positivistischen Szientismus und geschichtsloser Theorien über eine beliebige Empirie geschützt werden soll. Gleichzeitig kann der Block von "oben" davor bewahren, sich im Feld und in den Akten selbstgenügsam einzugraben.

Um "des" Gegenstandes, "des" Erkenntnisinteresses und "der" Aufmerksamkeitshaltung willen empfiehlt es sich, Phasen der Feldforschung, der Archivarbeit, der Inhaltsanalytik und der Aggregatdatenanalyse zur Erprobung statistischer Modelle in einem Forschungsprozeß zu vermischen und sich nicht nur auf die eine oder andere Forschungsperspektive zu beschränken (um die restlichen zu delegieren) 17).

2. Zur Identifizierung einer "Region" durch den wahlanalytischen Vergleich von Aggregatdaten

Indem der Blick von "oben" - d.h. von höheren Aggregatebenen, letztlich also vom "Reich" - nach "unten" fällt, läßt sich eine "Region" bzw. "Lokalität" - auf der Ebene einer amtlich-statistischen Berichtseinheit - als besondere Abweichung von diesen allgemeineren Befunden "diagnostizieren". Das Besondere stellt sich bei diesem Vergleich von vornherein als eine besondere Beziehung zu größeren Gebietszusammenhängen und über-regionalen Trends dar, wobei diese Besonderheit sowohl in der Abweichung als auch in der Übereinstimmung zur gewählten höheren Aggregatebene bzw. zu den über-regionalen Daten bestehen kann. In der Regel stellt sich eine "Region" als eine Mischung von Spezial-

17) Vgl. schon die Mahnung durch Max Weber, Wissenschaft als Beruf, 1919, abgedr. in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre (Tübingen 1968³), hier bes. S. 589 f., die angesichts der mit der Computerisierung und solchen mechanischen Prozeduren wie "Regression = [Dependent =] Method = Stepwise" verbundenen Arbeitsteilungen nur noch dringlicher geworden ist.

tät und Kongruenz dar. Einem wahlanalytischen Arbeitsstrang kommt dabei vorrangig Bedeutung zu, da er besonders gut geeignet ist, Einblick in die politische Besonderheit oder Kongruenz des jeweiligen Ortes (als einer Summe von Stimmbezirken) bzw. der Region (als einer Summe von Orten) mitzuteilen. Diesbezüglich sind insbesondere die Studien von Falter und seinen Mitarbeitern als Bezugsfolie unverzichtbar.

Kritisch muß allerdings angemerkt werden (worauf Manfred Küchler hinweist 18)), daß primär verwaltungstechnisch definierte Aggregate (z. B. Kreise, Großgemeinden, Wahlbezirke) ohne soziale und politische Bedeutung sein können, daß ihnen die inhaltliche Relevanz einer Region mit ihrer besonderen Tradition und "Zusammengehörigkeit" fehlen kann. Kreise (nicht Orte) sind primär verwaltungstechnische Einheiten, die daraufhin betrachtet werden müssen, ob ihnen auch eine "regionale Identität" zu eigen ist. Im Fall des Landkreises Kassel deuten verschiedenen "Indikatoren" (wie: Heiratsverhalten, Funktion von Gastwirtschaften, Pendelwanderungen, politische und verbandliche Kooperation, lokale Feindbilder bzw. schimpfwortartige Abgrenzungen) darauf hin, daß der Kreis in etwa acht Konglomerate (jeweils von 5 Orten) "zerfällt". Gleichzeitig hat der gesamte Kreis aus der Sicht der Organisationen von NSDAP und SPD (im Kreis und in Kassel) eine eigene Identität als der "rote Gürtel" um die Stadt. Aus Sicht anderer Parteien bzw. einzelner Ortsvereine werden dagegen entweder die Traditionen einzelner Orte als Hochburgen z. B. von Landvolk, CSVD, SPD (z. B. Ochshausen) und KPD (z. B. Harleshausen) oder die enge Kooperation mit Kassel betont. Letzteres gilt für die Kreisorganisation der KPD und für alle bürgerlichen "Mittel"parteien; zwischen der SPD des Landkreises und der Stadt Kassel besteht ein moderates Spannungsverhältnis, wie am Beispiel der Besetzung des Landrates 1930 gezeigt werden kann, was für die Eigenständigkeit der SPD des Kreises spricht.

Insgesamt bietet der Landkreis Kassel also das Bild einer Verwaltungseinheit, in der sich verschiedene inhaltlich relevante und identitätsbildende Prozesse überschneiden und im Bild des Kreises als einer schwierigen Mischstruktur von Arbeitern und Landwirtschaft aufgehen (so argumentiert 1930 auch der zuständige Regierungspräsident 19)). Für die Arbeiterbewegung (besonders für die SPD) besteht die Besonderheit des Kreises gegenüber der Stadt Kassel in ihren Mehrheitspositionen in der Mehrzahl der Gemeinden; die KPD betont demgegenüber die Besonderheit einzelner Orte wie z. B. Harleshausen, das als der "Rote Wedding" bezeichnet wird; die NSDAP schließlich erkennt von Kassel aus das Besondere des Kreises darin, daß er der "verseuchteste Kreis Kurhessens" sei. Es gibt also einige inhaltliche Definitionsprozesse, die darauf hindeuten, daß es sich

18) Vgl. die in Anm. 13 zit. Arbeit.

19) Vgl. Eike Hennig, "Die Wahlentwicklung im Landkreis Kassel (1928 - 1933)", in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 92 (1987), S. 205 - 245, hier S. 211, vgl. auch S. 205 ff.

beim Landkreis Kassel nicht nur um ein reines Verwaltungsartefakt handelt. Wenn aber der hier gewählte Zugriff "von oben" und über Verwaltungseinheiten gewählt wird, dann muß im jeweiligen Einzelfall die soziale und politische Relevanz der ausgewählten Aggregate geprüft werden. Erst wenn regionale Identität(en) nachgewiesen werden, können nach der Reichs-, Landes-, Provinz- und der Kreisebene einzelne Orte im Kreisgebiet betrachtet werden.

Ein zweiter Schritt besteht im Anschluß an diesen Vergleich darin, die Blickrichtung auch in der "Region" bzw. im "Ort" von "oben" nach "unten" zu richten. Wiederum wird von der höheren Aggregatebene auf die Einzelorte in der "Region" und/oder auf die Stimmbezirke in der (den) Gemeinde(n) "herabgeblickt", um letztendlich nicht weiter zu unterschreitende und ausdifferenzierende Residuen ausfindig zu machen. An diesem Punkt setzen die qualitativen Interpretationen der "eentlichen" Regionalanalyse ein, für die sich aus den geschilderten Arbeitsstufen ein "Frageleitfaden" ergibt.

Die wahlanalytischen Betrachtungs- und Vergleichsperspektiven können und wollen die lokale und/oder regionale Analyse nicht ersetzen; indem die Spannweite jenseits der Durchschnitte veranschaulicht wird, verweisen gerade diese "quantitativen" Verfahren auf die "qualitativen" Regional-/Lokalanalysen. Allerdings: Nunmehr steht ein begründbarer Problemkanon zur Verfügung, vor dem die hermeneutischen Erklärungsbemühungen überprüfbar werden, der auch die Einordnung in Theoriekonzepte versachlicht. Dieses Spannungsverhältnis zwischen deskriptiver Wahlanalyse und einer Interpretation des Wahlvorgangs wird im folgenden anhand von Beispielen aus dem Landkreis Kassel und besonders der Reichstagswahlen vom 14.9.1930 und 31.7.1932 beleuchtet.

3. Wahlanalyse und die Interpretation des Wählens

Regionale Differenzierungen - d.h. eine besondere politische Ausgestaltung allgemeiner soziostruktureller und politischer Bedingungen vor Ort - spielen in der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle. Passchiers Varianzanalyse bezieht z. B. den Effekt der kumulierten Regionaleffekte von 1930 bis 1933 auf 43 % (der Streumaße) der NSDAP-Ergebnisse ²⁰⁾. Nationaler Trend und regionale Abweichung haben somit - bei einem leichten Plus für das Allgemeine - nahezu das gleiche Gewicht. Dabei unterscheiden sich die regionalen Streuungen bereits im engsten räumlich-politischen Nahbereich, ganz abgesehen von großflächigeren "Mobilisierungsregionen" oder regionenübergreifender Clusterbildung. - Beispielsweise ist die totale Residualabweichung (1930 - 1933) in der Stadt Kassel erheblich größer als im Landkreis Kassel; dort jedoch wechselt die

20) Nico Passchier, "The Electoral Geography of the Nazi Landslide. The Need for Community Studies", in: Stein Ugelvik Larsen, Bernt Hagtver u. Jan Peter Myklebust (Hrsg.), *Who were the Fascists?* Bergen/Oslo/Tromsø 1980, S. 283 - 300 (ein anregender varianzanalytischer Kontrastgruppenvergleich).

Abweichung vom nationalen Trend von Wahl zu Wahl (liegt sie 1930 und 1933 unter dem nationalen Trend, so überschreitet die lokale Abweichung am 31. Juli 1932, deutlicher aber nach dem 6. November 1932 die allgemeine Entwicklung, wohingegen die Werte der Stadt Kassel immer deutlich überdurchschnittlich sind). Näherungsweise veranschaulichen der Konzentrationsindex (i. e. das lokale Verhältnis der Parteistimmen zu den gültigen Stimmen im Bezug zu demselben Verhältnis auf einer sinnvollen höheren Aggregatebene) und die unterschiedlichen Stimmanteile diesen ersten Eindruck 21).

Bereits dieser flüchtige erste Befund (oder auch nur ein Vergleich der Wahlergebnisse vom November 1932) weist somit auf die Existenz regionaler Besonderheiten hin. (Vgl. Tab. 2).

Charakteristikum solcher Besonderheiten ist (neben ihrer Existenz an sich) ihre große Schwankungsbreite, was direkt die Durchführung regionaler und lokaler Analysen begründet und erfordert 22). Mit dem Aufzeigen solcher Besonderheiten durch den Vergleich unterschiedlicher Aggregatebenen und -daten enden die Möglichkeiten der quantitativen Wahlanalyse, und es beginnt eine stärker qualitative Arbeitsphase, bei dem z. B. zeitgenössische Vermutungen ("intellectual guesses" 23)) zur parteipolitischen und generativ-sozialisatorischen Zusammensetzung des Elektorats, über Wählerwanderungen zwischen den Klassen und Parteien und über entsprechende Motivkomplexe aufgegriffen und "nachgearbeitet" werden.

Dies zeigt mit aller Deutlichkeit, daß aus interpretativer Sicht die Wahlanalyse lediglich Mittel zum Zweck ist. Sie ist die analytische Vorarbeit vor den analysegeleiteten Erklärungsversuchen, welche ohne diese Vorschaltphase aber in Gefahr stehen, zu völlig beliebigen und subjektiven bzw. schulengebundenen Verstehensakten und Sinnrekonstruktionen zu verkommen.

Wahlanalysen veranschaulichen die Ein- und Ausgänge jener "black box" der soziopolitischen Prozesse und Verhaltensweisen. Auf diese Inhalte weisen die entsprechenden Modellannahmen und Parameterschätzungen jedoch nur statthalterartig hin. Wenn beispielsweise ein Vergleich der Regressionsmodelle von Falter und Rünger auf gravierende Unterschiede der Wähler von KPD, Zentrum und NSDAP auf Reichsebene und im Kreis Euskirchen (oder auch in

21) Vgl. den in Anm. 19 zit. Aufs.

22) Vgl. als wahanalytisch elaborierte und vergleichende Regionalstudie Michaela Weninger-Richter, *The National Socialist Electoral Breakthrough: Opportunities and Limits in the Weimar Party System. A Regional Case Study of Franconia* (City University of New York, Ph. D. 1982). Allerdings folgt diese Studie dem ("schlechten") "mainstream" der Wahlanalysen (auch dem Falters), indem sie auf vergleichbar elaborierte Kontextstudien verzichtet.

23) Vgl. insbesondere die wahanalytisch-politisch biographischen Impressionen, die Arthur Dix (*Die deutschen Reichstagswahlen 1871 - 1930 und die Wandlungen der Volksgliederung*, Tübingen 1930) vermittelt, z. T. abgedr. in: Otto Büsch, Monika Wölk u. Wolfgang Wölk (Hrsg.), *Wählerbewegung in der deutschen Geschichte*, (Berlin 1978), S. 225 - 235.

Franken, wenn Michaela Wenninger-Richters "regional case study" berücksichtigt wird) hinweist - so ist auf Reichsebene, laut Falter 24), für die Wahlen von 1930 und 1932 (I) der Austausch vom "Bürgerblock", den bisherigen Nichtwählern und der SPD zur NSDAP maßgeblich, während Gabriele Rünger 25) die Bedeutung von Kleinparteien, Nichtwählern und KPD sowie Wenninger-Richter 26) besonders die Rolle der DNVP herausstellt, wenn der NSDAP-Stimmenzuwachs beschrieben wird -, dann lassen sich diese Unterschiede auf Reichsebene und in verschiedenen Kreisen zwar "berechnen" damit aber sind sie keineswegs "erklärt" oder auch nur "interpretativ andiskutiert". Folgerichtig verweist Jürgen Falter auf "künftige Theorien des nationalsozialistischen Wählerverhaltens" - Theorien, die allerdings dem erreichten Differenzierungsgrad der Wahlanalysen entsprechen müssen.

Aus dieser Sicht werden hier Ausführungen M. Rainer Lepsius 27) herangezogen und mit wahlanalytischen Befunden des Landkreises Kassel konfrontiert. Lepsius' Hinweise auf das "sozialmoralische Milieu" und auf die Spielarten eines extremen Nationalismus werden aus Sicht einer politisch-kulturellen Betrachtung 28) der ungleichzeitigen Entwicklung von "Gesellschaft" und "Politik" im Landkreis Kassel seit der Jahrhundertwende und insbesondere angesichts der Weltwirtschaftskrise gelesen, um Vermutungen über die politisch-soziale Qualität hinter und in den Wahldaten anstellen zu können. (Keineswegs wird also eine "neue Theorie" anvisiert, so wie die unzureichende Datenbasis eine weitreichende Interpretation behindert.)

4. "Allgemeines" und "Besonderes" im Spiegel des Landkreises Kassel (1928 - 1933)

Für sich sind die Wahlergebnisse eines Ortes oder Kreises "belanglos". Im vor-

24) Falter u. Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern (Anm. 13), S. 211; Falter u.a. Wahlen und Abstimmungen (Anm. 14), S. 140 ff.; Hänisch, Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe (Anm. 14), S. 202 ff.

25) Gabriele Rünger, Wer wählte die NSDAP? Eine lokale Fallstudie im Kreis Euskirchen anhand der politischen Wahlen 1920 bis 1933 (Bonn, phil. Diss. 1984), S. 76 ff. - vgl. aber auch den Hinw. von Anm. 22.

26) Wenninger-Richter, The National Socialist Electoral Breakthrough (Anm. 22), bes. S. 157, 237, 259, 267.

27) Von Lepsius vgl. neben Anm. 16 (bes. S. 27 f.), bes., "Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft", in: Wilhelm Abel u.a. (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1966, S. 371 - 393, hier bes. S. 373, 379 f., 380, 382 f.

28) Vgl. die in Anm. 3 und 19 zit. Arbeiten. Vgl. jetzt auch: "Die Zeit der Weimarer Republik in Oberwehren unter besonderer Berücksichtigung der Wahlen", in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 93 (1988), S. 149 - 178; in Zusammenarbeit mit Manfred Kierling erscheint 1989 dokumentarisch und analytisch ein "abschließendes" Wahlhandbuch über den Landkreis Kassel (1919 - 1933).

liegenden Fall demonstrieren sie nur, auf welche kleine Aggregatebene (nämlich auf diejenige von 46 Landgemeinden) "Analyse" und "Interpretation" bezogen werden sollen. Der Variationskoeffizient zeigt zudem auf, daß selbst diese niedrige Aggregatebene gravierende Schwankungen aufweist. Die vergleichsweise geringe Variation von SPD, KPD und NSDAP weist darauf hin, daß die Stimmresultate dieser Parteien nicht so stark vom Mittelwert abweichen. Demgegenüber weisen die höheren Variationskoeffizienten vom Zentrum, den bürgerlichen Parteien (DVP, DDP/Staatspartei, DNVP) und den Kleinparteien, dem "Deutschen Landvolk" und dem "Christlich-sozialen Volksdienst" (CSVD), darauf hin, daß diese Parteien von Ort zu Ort durch starke Stimmenschwankungen charakterisiert werden. Die lokale Streuung dieser Parteien ist groß.

Weitergehende Eindrücke können nur durch Vergleiche gefunden werden. Eine erste Vergleichsmöglichkeit eröffnen bereits die Unterschiede zwischen der Wahl gleicher Parteien in unterschiedlichen Bezugseinheiten. Der Landkreis Kassel weicht vom Reichsergebnis ab und unterscheidet sich deutlich auch von der Stadt Kassel, wo die Arbeiterparteien schwächer, die NSDAP aber deutlich stärker abschneiden.

Tabelle 1:

Die Stärke von SPD, KPD und NSDAP im Landkreis Kassel
Vergleich mit den Ergebnissen im Reich und in Kassel Stadt
(%-Unterschiede der Stimmenanteile)

	Reichstagswahlen:				
	1928	1930	1932/I	1932 II	1933
Kassel Land - Dt. Reich:					
NSDAP	- 1,4	- 2,7	1,1	4,8	1,1
SPD	26,0	22,3	17,0	14,9	19,5
KPD	- 1,7	0,2	2,0	3,3	1,6
Kassel Land - Kassel Stadt:					
NSDAP	- 2,1	- 10,4	- 4,0	- 8,6	- 5,6
SPD	15,8	14,3	10,4	10,0	12,2
KPD	1,8	4,1	5,1	5,8	4,4

Dieser erste Blick auf den Landkreis Kassel in der Endphase der Weimarer Republik - verglichen mit den wahlpolitischen Entwicklungen auf Reichsebene - weist auf folgende Besonderheiten (i. s. von Abweichungen vom Reichstrend) hin:

- Die SPD erzielt stark überdurchschnittliche Ergebnisse, wobei besonders das gute Abschneiden 1933 auffällt. Der Abschwung nach 1928 und nach der ersten 1932er Reichstagswahl ist vergleichsweise gering.

Tabelle 2:

Streumaße der Parteien in den Gemeinden des Landkreises (RT-Wahlen vom 14.9.1930 und 31.7.1932)

	Mittelwert (\bar{x})	RT 1930 Standardab- weichung (s)	Variations- koeffizient ($v = s/\bar{x}$)	\bar{x}	RT 1932/I s	v
NSDAP	120,45	128,62	1,07	316,09	277,86	0,88
DNVP	19,17	26,26	1,37	16,61	24,34	1,47
DVP	17,67	25,64	1,45	3,52	5,48	1,56
DDP	18,54	31,08	1,68	4,00	6,64	1,66
Zentrum	4,74	9,77	2,06	5,48	8,80	1,61
WIP	19,20	22,89	1,19	1,54	2,34	1,52
CSVD	37,02	54,30	1,47	13,59	22,24	1,64
Landvolk	59,50	40,36	0,68	0,48	0,81	1,69
SPD	348,65	310,33	0,89	319,61	254,06	0,79
KPD	101,65	109,43	1,08	135,26	137,22	1,01
GST	753,89	665,70	0,88	816,17	683,67	0,84

(GST = gültige Stimmen)

- Die KPD entwickelt sich ab 1930 zu einem geringfügig überdurchschnittlichen Konkurrenten der SPD. Die KPD-Erfolge 1932 fallen jedoch schwächer aus als die SPD-Stimmenverluste, so daß bereits der Blick auf die Salden zeigt, daß ein einfacher Austausch von SPD und KPD nicht vorliegt.

- Alle bürgerlichen Parteien (DNVP, DVP und DDP/Staatspartei) können schon 1930 nicht mehr ihre Position halten und entwickeln sich deutlich unterdurchschnittlich.

- Demgegenüber weisen von den Kleinparteien das "Landvolk" (1930) und der CSVD (ab 1930, insbesondere 1930 und 1933) deutlich eine überdurchschnittliche Sonderentwicklung auf. Das "Landvolk" ist jedoch schon in der ersten 1932er Wahl kaum mehr existent. Ein Vergleich der Salden deutet darauf hin, daß diese Abspaltung von den Deutschnationalen die Funktion einer Durchlaufphase vor der Wahl der NSDAP hat, während die andere Abspaltung von der DNVP, der CSVD, offensichtlich im Landkreis Kassel einen eigenen (protestantisch-pietistischen, religiös-konservativen) Schwerpunkt in einzelnen Orten bzw. Pfarrgemeinden herausbildet.

- Die NSDAP startet klar unterrepräsentiert und erreicht erst im Juli 1932 (mit geringem Plus) den Reichsdurchschnitt - ein Ergebnis, das 1933 wiederholt wird. Auffällig ist, daß die NSDAP im November 1932 im Landkreis (wie in der Stadt) Kassel kaum Stimmen verliert, sondern ein deutlich überdurchschnittliches Ergebnis erzielt.

Im folgenden sollen politische Besonderheiten des Landkreises Kassel durch einen Vergleich der Ergebnisse des Kreises mit den Einzelgemeinden betrachtet werden. Der Vergleich mit Befunden der Reichsanalyse tritt demgegenüber in den Hintergrund. Ebenso erfolgt eine Konzentration, insbesondere auf die Reichstagswahlen vom September 1930 und Juli 1932, die erste Wahl markiert den Durchbruch der NSDAP und die zweite - nach der preußischen Landtagswahl vom 24. April 1932 und nach der Reichspräsidentenwahl vom 13. März und 10. April 1932 - den Gipfelpunkt (vor der Wahl vom 5. März 1933).

5. Zur Ungleichzeitigkeit von sozialem Wandel und politischer Partizipation im Landkreis Kassel

"Partielle Modernisierung" (H. Best) bestimmt das Bild des Landkreises Kassel. Mit dem Anschluß an Preußen (1866) setzt, ausgelöst von der Stadt Kassel (von der der Landkreis 1867 abgegliedert wird), um 1890 ein starkes Einwohnerwachstum ein. Nach einigen Eingemeindungen nach Kassel (1899 und 1906) beläuft sich die Einwohnerzahl 1910 auf 35 Tausend, 1925 ist sie fast um 70 % gestiegen. Von 1900 bis 1910 wachsen die stadtnahen größeren Gemeinden bis zu 70 % an und verwandeln sich von Bauerndörfern zu Arbeiterbauerngemeinden oder - in Einzelfällen bzw. im Fall einzelner Siedlungen - zu Gartenstädten, in denen Kasseler Beamte und Angestellte wohnen.

In der Weimarer Zeit verteilt sich die Kreisbevölkerung wie 1:2:5 auf die zahlreichen Klein- und Mittelgemeinden sowie auf die wenigen größeren stadtnahen Orte, die teilweise sogar direkt an das Kasseler Verkehrsnetz angeschlossen sind. Die 46 Landgemeinden des Kreises umgeben (außer nach Westen hin) die Stadt Kassel (allerdings ist es falsch, den Landkreis als einen "roten Gürtel" bzw. als einen "roten Wahlkreis" zu bezeichnen 29)) mit einem Radius von (rund) 15 km. 1925 zählt der Kreis 58.000 Einwohner, die in 7.600 Wohnhäusern leben. Die kleinste Gemeinde zählt 32 Häuser bzw. 181 Einwohner, die größte Ortschaft hat 585 Wohnhäuser und 5.700 Einwohner. Auf jede der Landgemeinden entfallen durchschnittlich 1.270 Bewohner 30).

Zu 96 % ist die Bevölkerung evangelisch, nur zwei Gemeinden haben eine etwas größere katholische Minderheit; in einer Gemeinde konzentrieren sich nahezu alle der 0,3 % Juden des Kreises.

1933 beträgt die Wohnbevölkerung 64 Tausend. Die Spannweite der Gemeindegrößen beträgt mehr als 6.600, denn das kleinste Dorf zählt 188 und der größte Quasivorort Kassels (der allerdings erst 1936 faktisch eingemeindet wird) hat 6.800 Einwohner. Durchschnittlich zählen die Gemeinden rund 1.330 Einwohner, von denen sich ebenfalls im Kreis-Durchschnitt zwei Fünftel an den Wahlen beteiligen. Für 1928 bis 1933 sind von 368 nur 55 Wahldaten einschließlich der Wahlberechtigten überliefert; diese Angaben (zumeist für größere Orte) zeigen eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 58 % der Einwohnerschaft und 63 % der Wahlberechtigten (mit steigender Tendenz für die Jahre 1932 und 1933).

Die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung des Kreises umfaßt 1933 19,7 % der Einwohnerschaft, die sich vom Minimum bei 4,7 % bis zum Maximum von 68 % sehr unterschiedlich auf die Gemeinden verteilen. Im Durchschnitt zählt jede Gemeinde etwa 270 Personen (rund 20 %), die von der Land- und Forstwirtschaft leben. 40 % der hauptberuflich Erwerbstätigen arbeiten 1933 in der Land- und Forstwirtschaft, die damit vor der Abteilung Industrie und Handwerk (37 %) immer noch die meisten Erwerbstätigen umfaßt, 14 % der Erwerbstätigen sind im Handel und Verkehr, 7 % im öffentlichen Dienst bzw. in privaten Dienstleistungsbetrieben und 2 % im häuslichen Dienst beschäftigt. 1933 stehen 9.300 Arbeitern (41 %) 2.400 (11 %) Beamte und Angestellte sowie 3.800 Selbständige (17 %) und 6.500 (29 %) mithelfende Familienangehörige gegenüber.

29) Vgl. Anm. 19 und Eike Hennig, " 'Der Hunger naht' - 'Mittelstand wehr Dich' - 'Wir Bauern misten aus'. Über angepaßtes und abweichendes Wahlverhalten in hessischen Agrarregionen", in: ders. (in Zusammenarbeit mit Herbert Bauch, Martin Loiperdinger, Klaus Schönekäs), (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt 1983, S. 379 - 432, hier bes. S. 407 ff.

30) Vgl. die amt. Statistik in: Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bd XII: Provinz Hessen-Nassau (Berlin 1930) S. 52f.; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 456, H. 25 (Berlin 1936), S. 25/42 - 25/49 (= Berufszählung v. 16.6.1933).

Die Struktur der Gemeinden schwankt von Gartenstädten und Arbeiterwohn-gemeinden bis zu reinen Landgemeinden. Neben dem Kleingewerbe und Klein-handel sowie einer vorrangig kleinbäuerlich und im Nebenerwerb betriebenen Landwirtschaft spielen die Kasseler Großbetriebe (Lokomotiv- und Maschinen-bau, Metallverarbeitung, Schwerweberei), aber auch traditionelle lokale Gewerbe (wie Steinbrüche und Ziegeleien) eine wichtige Rolle für die Arbeiterschaft des Kreises. Familienwirtschaft ³¹⁾ bzw. landwirtschaftlicher Nebenerwerb und das "Arbeitsleuteverhältnis" spielen auch für die meisten Pendelarbeiter noch eine wichtige Rolle.

Der im Kontext der späten Kasseler Industrialisierung um die Jahrhundert-wende beginnende Wandlungsprozeß von reinen Agrargemeinden zu einer Mischregion mit Landwirtschaft, Kleinhandel, Kleingewerbe, tertiärem Sektor und einer Industriearbeiterschaft ist bis 1933 noch im Fluß und stagniert ange-sichts der Weltwirtschaftskrise wieder ³²⁾. Armut und Arbeitslosigkeit sind Argumente für die weitgehend bargeldlose und marktferne Hauswirtschaft, für die "moral economy" eines Tausches von "Arbeit und Brot". Sozial wird der Wandlungsprozeß somit durch traditionale sozioökonomische Strukturmomente behindert, während er sich politisch formal spätestens bei Gründung der Wei-marer Republik durchgesetzt hat (bis hin zur bürgerlich-"proletarischen" Ver-doppelung des Vereinslebens). Die sozialen und die politischen Modernisierungs-prozesse beim Abbau traditioneller "Vergemeinschaftung" sowie beim Aufbau marktförmigen Tausches, der Befreiung der Arbeit von den Produktionsmitteln und den Grenzen der lokalen Ökonomie und bei der Entwicklung verfassungs-staatlicher politischer Partizipation verlaufen somit nicht auf ein und dersel-ben Zeitebene; und gerade für die Endphase der Weimarer Republik - angesichts der ökonomischen Krise und des politischen Legitimationsdrucks - nimmt die Ungleichzeitigkeit der Beziehungen zwischen dem politischen System, den sozio-ökonomischen Strukturen, traditionellen Verhaltensweisen (im "Arbeitsleute-verhältnis", und personalen Orientierungen (Parochie) dramatische Züge an. Die Wahlerfolge der NSDAP werden als ein Ausdruck dieser soziopolitischen Dra-matik - eines Szenarios voller Widersprüche zwischen "Gemeinschaft" und "Ge-sellschaft" - aufgefaßt.

6. Wahlen im Landkreis Kassel (besonders 1930 und 1932)

Die Wahlen im Landkreis Kassel ³³⁾ zeichnen sich in der Endphase der Wei-

31) Zur Familienwirtschaft cf. A. Tschajanow, Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft (Berlin 1923, Neuaufl. Frankfurt u. New York 1987), H. Medick hat auf diesen Autor wieder aufmerksam gemacht; vgl. Hennig, Politischer Wandel (Anm. 3), S. 101 ff.; als Fall-studie vgl. Kurt Wagner, Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung (Frankfurt 1986).

32) Vgl. den Aufs. zum "Politischen Wandel" (Anm. 3) und die in Anm. 28 zit. Arbeiten.

marer Republik dadurch aus, daß die SPD ihr "Monopol" verliert, daß der Konflikt zwischen SPD und NSDAP zur Polarisierung der Wählerschaft führt. Von 55,6 % der gültigen Stimmen (1928) nimmt die Stärke der SPD im November 1932 auf 35,3 % ab, während die NSDAP von 1,2 % auf 38,9 % anwächst. Zugleich wächst der Anteil derjenigen Wähler, der sich auf diese beiden Parteien verteilt, von 56,8 % auf 80,6 % der gültigen Stimmen. Bezogen auf die Wahlberechtigten wächst der Wähleranteil von SPD und NSDAP auf drei Viertel an. Die für 15 % aller Orte und Wahlen zu ermittelnde durchschnittliche Wahlbeteiligung bei den Wahlen von 1928 bis 1933 liegt bei 88,4 % und somit deutlich über dem Niveau von 82,3 % für das Reich und Preußen oder auch über dem Durchschnitt des angrenzenden Landkreises Fritzlar (84,5 %) und der Stadt Kassel (84,9 %). Die Polarisierung ist im Landkreis Kassel also mit einer überdurchschnittlichen Politisierung bzw. formalen Partizipation verbunden; auch die Nichtwählerquote nimmt von 13,4 % (1928) auf 6,4 % (1933) ab, wobei die Wahl vom November 1932 mit 9,3 % den eindeutigen Trend unterbricht.

Tabelle 3:

Die Entwicklung von NSDAP und SPD im Landkreis Kassel (in den Reichstagswahlen 1928 - 1933)
(in % der Wahlberechtigten)

	NSDAP	SPD	(NSDAP+SPD)	Nicht- wähler
			Σ	
1928	0,96	44,29	45,25	13,35
1930	13,88	41,52	55,40	10,34
1932/I	35,20	35,60	70,80	7,55
1932/II	33,97	31,67	65,64	9,27
1933	39,57	34,94	74,51	6,44

33) Zur Datensammlung vgl. den Hinw. in Hennig, Die Wahlentwicklung (Anm. 19), S. 237 - Anm. 1, 243 ff. Für diesen Aufs. ist aufgrund einiger Neuverfilmungen ("Kasseler Tageblatt", "Kasseler Neueste Nachrichten") eine Datenergänzung und Nachkontrolle durch Andrea Diekmann durchgeführt worden (zu den Quellen vgl. die Zeitungsliste in: Adreß- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel 66 (1932), S. 78f.). Dadurch, daß Manfred Kieserling eine Vergleichsstudie über den Landkreis Fritzlar durchführt, konnten viele Angaben gegenüber der ersten Untersuchung (Anm. 19) präzisiert werden (auch wenn aus Platzgründen auf Hinweise und definitive Vergleichsbetrachtungen meistens verzichtet werden muß). Manfred Kieserling arbeitet am Beispiel Fritzlar an einer Diss. zur Thematik "Gesellschaftlicher Wandel, Krise und NSDAP"; vgl. auch den Beitrag von Thomas Schlegel-Batton in: Berg-Schlösser u. Schissler, eds., Politische Kultur (Anm. 3).

Demgegenüber sind die "Reichsstudien" von Falter doch oft zu "weit weg", da die lokalen Probleme der Datenrekonstruktion ganz anders sind und an lokale Datensätze nicht alle Falterschen Fragen etc. herangetragen werden können. Dies bedürfte einer eigenen Erörterung, auf die auch Manfred Kühler (Anm. 13) nicht eingeht. Vgl. auch Anm. 22.

Neben der NSDAP verlieren alle anderen bürgerlichen Parteien ab 1930 bzw. schlußendlich ab 1932 an Bedeutung. Sammeln alle diese heterogenen (im Kreisgebiet soziologisch aber "homogenen") Parteien 1928 noch 25 % der Wahlberechtigten, so schwindet dieses Viertel auf 20,6 % (1930), um im Sommer 1932 mit nur noch 5,1 % faktisch "aufgerieben" zu sein. Als einzige Partei wächst die KPD als eine weitere Gegnerin der SPD von 7,1 % (1928) auf 15,1 % bzw. 18,1 % der Wahlberechtigten im Juli bzw. November 1932 an.

Die Fraktionierung der Parteien bleibt in diesem Zeitraum nahezu konstant und nimmt erst 1933 geringfügig ab; ein Index ("elective fractionalization") schwankt zwischen .999 559 (1928) und .980 678 (1933) und erreicht im November 1932 mit .999 991 seinen Gipfel. Damit liegt dieser Index im Kreis über demjenigen auf Reichsebene, der beispielsweise 1930 bei .86 und 1933 bei .74 liegt. (Eine Wahlfraktionalisierung von .5 bedeutet ein "ideales" Zweiparteiensystem, je mehr sich der Index seiner Obergrenze von "1" nähert, desto größer ist die Zersplitterung der Wählerstimmen auf unterschiedliche Parteien).

Was kann aggregatdatenanalytisch über die politischen Prozeßabläufe, so wie sie sich in den Wahlen in der End-/Auflösungsphase der Weimarer Republik widerspiegeln, ermittelt werden? (Dabei werden gegenüber einer ersten Studie 34) sicherlich "Verbesserungen" erzielt, aber Manfred Küchlers 35) Forderung nach der Anwendung multivariater Analyseverfahren kann angesichts der mangelhaften Angaben über die Wahlberechtigtenzahlen in den Einzelgemeinden - noch? - nicht eingelöst werden. Insbesondere können - noch? - keine statistisch befriedigenden Regressionsmodelle referiert werden).

Die Korrelationsmatritzen (vgl. Tab. 4 und 5) zeigen, daß zwischen Ende 1930 und dem Sommer 1932 bedeutende Änderungen der parteipolitischen Orientie-

Legende zu Tabelle 4:

1) Da Angaben über die Wahlberechtigten kaum vorliegen, wird hilfsweise gegen die Summe aller Stimmen für alle Parteien und somit gegen die "gültigen" Stimmen partialisiert. Ein Vergleich mit dem gegen den Störfaktor der stark streuenden Gemeindegrößen nicht kontrollierten Pearson'schen Korrelationskoeffizient zeigt, daß erst diese Partialisierung sinnvolle und realistische Zusammenhänge erschließt. Dies zeigt sich bereits bei der Betrachtung der Vorzeichen.

Korrelationen mit "x" sind auf dem Niveau $p < .001$, solche mit "xx" sind bis zum Niveau $p \leq .050$ signifikant. Die Fehlerwahrscheinlichkeit statistischer Zufälligkeit beträgt somit maximal 5 %.

2) LWB = landwirtschaftliche Bevölkerung

3) BEV = Einwohnerzahl der Gemeinden; Stichtag für (2) und (3) ist der 16. 6. 1933.

34) Vgl. die in Anm. 19 und 28 zit. Arbeit.

35) Küchler, Die Wahlerfolge der NSDAP (Anm. 13), S. 15 ff., 38 - Vgl. aber den Hinw. von Anm. 33.

Tabelle 4:

Die Beziehung der Parteien im Landkreis Kassel (RT-Wahlen v. 14.9.1930;
partielle Korrelationskoeffizienten, partialisiert gegen die gültigen Stimmen*)

	DNVP	DVP	DDP	Zentrum	WIP
NSDAP	.0079	.5015x	-.0923	-.0134	.2654xx
DNVP		.2766xx	.3776xx	.2026	.4179xx
DVP			.1940	.2563xx	-.2198
DDP				.2741xx	-.1829
Zentrum					.1958
WIP					
CSVD					
Landvolk					
SPD					
KPD					
LWB					

	CSVD	Landvolk	SPD	KPD	LWB 2)	BEV 3)
NSDAP	.2789xx	-.5325x	-.5907x	.0106	-.0691	.0614
DNVP	-.3760xx	-.0971	-.0782	-.0831	.0103	-.0839
DVP	.4345xx	-.4702xx	-.4214xx	-.0482	-.0890	.1960
DDP	-.2115	-.2796xx	.3287xx	-.3494xx	.0493	.3330xx
Zentrum	.1916	-.1387	-.1016	-.1534	.1105	.2401
WIP	-.4550xx	-.1363	-.2107	.1370	-.1264	-.3337xx
CSVD		-.1715	-.3611xx	-.0524	.1862	.3025xx
Landvolk			.2403	-.1929	.0380	-.1601
SPD				-.6520x	-.0558	.1199
KPD					-.0012	-.2882xx
LWB						.5050x

* Legende: Vgl. vorstehende Seite.

rungsmuster zu beobachten sind. Muß 1930 noch ein vielfältiges und differenziertes Bild der wechselseitigen positiven oder negativen Verhältnisse der Parteien zueinander gezeichnet werden, so reicht zur Charakterisierung der Juli 1932-Ergebnisse ein größeres Schema aus. Der Konzentrationstrend (vgl. Tab. 3) bestimmt auch die Korrelationen.

1930 weist das Landvolk deutlich andere Rekrutierungszentren auf wie NSDAP, DNVP, DDP und die Wirtschaftspartei; 1932 hat diese Partei kein ei-

genes Kolorit mehr, als offensichtliche Durchgangspartei für die NSDAP ist sie faktisch verschwunden. Ähnliches gilt auch für den CSVD, der 1930 und 1932 nur seine bevorzugte Herkunft aus größeren Gemeinden beibehält. Auch die DDP ist konstant lediglich als eine Partei der größeren Orte zu beschreiben. Die Entsprechungen der NSDAP von 1930 mit DVP, CSVD und Wirtschaftspartei führen 1932 dazu, daß die genannten Parteien ihre Eigenständigkeit verlieren. Dies bewirkt auch, daß sich die DNVP nurmehr durch ihre Nähe zu den DVP-Schwerpunkten und durch Abgrenzung gegenüber denen der SPD auszeichnet. Identisch bleiben auch die Gegensätze zwischen SPD sowie NSDAP und KPD, d.h. in denjenigen Gemeinden, in denen die SPD gute Ergebnisse erzielt, sind die der "extremen" Parteien niedriger als anderswo. Anders ausgedrückt: NSDAP und KPD verfügen dort über Wählerschwerpunkte, wo die SPD unterdurchschnittlich abschneidet.

Die signifikant negative Korrelation der KPD mit der Bevölkerungsgröße rührt dabei daher, daß die absolut guten Ergebnisse in den größeren Gemeinden durch ebensolche der SPD "abgefedert" werden, während sich in den kleineren Gemeinden diese "Koexistenz" nicht einstellt. Dort führt bereits 1930 ein Wählerwechsel zur KPD zu einer deutlichen Schwächung der SPD.

Dieses Bild der Stärken und Schwächen der Beziehungen im Parteiensystem bestimmt auch die Übergänge zwischen den beiden Wahlen im September 1930 und Juli 1932 (vgl. Tab. 7). Die NSDAP erzielt dort gute Ergebnisse, wo DNVP und DVP 1930 stark gewesen sind. DNVP, DVP, DDP bedingen sich wechselseitig, während der CSVD als einzige verbleibende Splitterpartei 1932 dort bessere Ergebnisse erzielt, wo Landvolk, DNVP und Wirtschaftspartei 1930 schwach vertreten und wo NSDAP und DVP gut repräsentiert gewesen sind. Die SPD grenzt sich mit ihren starken Stimmenzahlen gleichermaßen deutlich von den traditionellen bürgerlichen Parteien (außer der DDP), von der NSDAP und der KPD ab. Demgegenüber wird die KPD 1932 - neben ihrer Konkurrenz zur SPD - nur noch dadurch charakterisiert, daß sie in solchen (kleineren) Gemeinden gute Ergebnisse erzielt, in denen 1930 auch das Landvolk gut abgeschnitten hat. Es handelt sich demzufolge um die weniger agrarisch geprägten Kleingemeinden, in denen die KPD 1932 gut repräsentiert ist.

Neben dem Vergleich der Stärken der Parteien untereinander ermöglicht die Analyse dieser Übergänge auch Aussagen über die interne Stabilität der Stimmenzahlen, die die Parteien von 1932 auf 1930 erzielen. Hieraus läßt sich durch Berechnung der Determination (R^2) ein "Stabilitätskoeffizient" (J. Falter) gewinnen, der die unterschiedlichen Haltequoten der Parteielektorate vom Ergebnis her illustriert (denn selbstverständlich können gewichtige Binnenwanderungen stattfinden, auch wenn die Salden und Aggregate ähnlich bleiben). Es zeigt sich, daß das Landvolk 1932 gegenüber 1930 nur 2 % seiner Wählerzahl behält. Mit 6 %, 10 % und 14 % schneiden diesbezüglich auch die Wirtschaftspartei, DVP und DDP schlecht ab, und auch die Deutschnationalen behalten kaum mehr als

Tabelle 5:

Die Beziehung der Parteien im Landkreis Kassel (RT-Wahlen v. 31.7.1932;
partielle Korrelationskoeffizienten, partialisiert gegen die gültigen Stimmen)

		DNVP	DVP	DDP	Zentrum	WIP
NSDAP		.2153	-.0059	.1632	.0723	-.0513
DNVP			.7114x	.0136	.3109xx	.0230
DVP				.0312	.4551xx	-.0047
DDP					.2530	.2047
Zentrum						-.1348
WIP						
CSVD						
Landvolk						
SPD						
KPD						
LWB						
	CSVD	Landvolk	SPD	KPD	LWB	BEV
NSDAP	.2336	.0431	-.6484x	-.2312	.0661	.2022
DNVP	-.0879	.0141	-.4025x	.1053	-.1875	-.2012
DVP	.0966	-.1817	-.1567	-.0026	-.0666	-.0291
DDP	-.0599	.0961	-.0739	-.1330	.1962	.3581xx
Zentrum	.0198	.3294xx	-.2170	.0603	.0187	.0569
WIP	-.3760xx	-.1185	.2190	-.2040	-.0355	-.0422
CSVD		-.1750	-.1636	-.1690	.0685	.3621xx
Landvolk			-.2052	.2343	.0140	.0035
SPD				-.5617x	.0004	.0524
KPD					-.0535	-.3216xx
LWB						.5005x

Legende: Vgl. die entsprechenden Angaben zu Tabelle 4

ein Drittel ihrer Wähler von 1930. Auch bei der NSDAP fallen nur 40 % der Erfolge von 1930 und 1932 zusammen, was aber daraus resultiert, daß diese Partei 1932 solche großen Nettozugänge erzielt, die auf keinen positiven Fall im Jahr 1930 zurückgehen. Die hohen Haltequoten der Arbeiterparteien deuten demgegenüber an, daß die Wahlergebnisse von 1932 weitgehend nichts an den Verteilungsregeln von 1930 ändern.

Tabelle 6:

Stabilitätskoeffizienten im Landkreis Kassel und im Deutschen Reich 1) (1930 und 1932/I)

	Reich r	R ²	Landkreis Kassel r	R ²
NSDAP	.79	.62	.63	.40
DNVP	.85	.72	.60	.36
DVP	.75	.56	.31	.10
DDP	.75	.56	.37	.14
Zentrum	.99	.98	.81	.66
WIP	.69	.48	.25	.06
CSVD	k.A.		.66	.44
Landvolk	k.A.		.13	.02
SPD	.97	.94	.85	.72
KPD	.97	.94	.88	.77
Sonstige 2)	.73	.53	-.05	.0025

1) Gerundet auf 2 Stellen; die Angaben für das Reichsgebiet entstammen: Jürgen Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 143.

2) Die "Sonstigen" sind für das Reich und den Landkreis Kassel nicht vergleichbar. Die Kategorie des Reichs enthält u. a. CSVP und Landvolk.

Der Vergleich des Landkreises Kassel mit dem Reichsergebnis der Übergänge zwischen den Parteielektoraten von 1930 und 1932 zeigt, daß es im Landkreis insgesamt "turbulenter" zugeht. Alle vergleichbaren Determinationen fallen im Kreisgebiet 35 % niedriger aus, wobei besonders die Abweichungen der Stabilität von DNVP, DVP, DDP und Wirtschaftspartei auffallen. Auch das Zentrum - im Landkreis Kassel unter den Bedingungen der Diaspora ohne entsprechende politisch-kulturelle und sozialmoralische Fundierung - zeichnet sich durch größere Schwankungen aus. Die SPD verliert als traditionelle Mehrheitspartei im Landkreis Kassel mehr Wähler, während NSDAP und KPD deshalb abweichen, weil sie ihre unterdurchschnittliche Position vor 1930 durch überdurchschnittliche Wachstumsschübe im Kreis stärker verbessern.

Das bisherige Gesamtbild (das nochmals die Besonderheit des Landkreises Kassel belegt) soll nun noch nach Gemeindeunterschieden differenziert werden. Dabei wird auf die Wahlen von 1928 (zum Reichstag und Landtag), 1930 und zum preußischen Landtag am 24. April 1932 zurückgegriffen, denn wesentlich

Tabelle 7:

Übergänge zwischen den Reichstagswahlen vom 14.9.1930 und 31.7.1932
im Landkreis Kassel 1)

1930 1932 I	NSDAP	DNVP	DVP	DDP	Zentrum
NSDAP	.6272x	.4742x	.2963xx	-.0421	-.0427
DNVP	.2270	.6045x	.4450xx	.1936	.4793xx
DVP	.4434xx	.5480x	.3118xx	.0982	.1326
DDP	-.0092	.2248	.4410xx	.3688xx	.3039xx
Zentrum	.0953	.0723	.2030	.3414xx	.8114x
WIP	.1199	.2678xx	.2748xx	.1326	.4598x
CSVD	.3399xx	-.0429	-.1488	.1191	-.1523
Landvolk	.0784	-.3665xx	-.4438xx	-.0160	-.0892
SPD	-.4709x	-.2241	.0065	-.1923	-.0681
KPD	-.2964xx	-.1424	-.1643	.0495	-.0884

1930 1932 I	WIP	CSVD	Landvolk	SPD	KPD
NSDAP	-.0948	.3314xx	-.1064	-.5968x	.0601
DNVP	.2492	-.3187xx	.3719xx	-.2841xx	.0498
DVP	.3396xx	.4632x	.0667	-.5704x	.1638
DDP	.2426	.0249	-.2200	.0541	-.1749
Zentrum	.2431	.2028	.4348xx	-.2108	.0777
WIP	.2495	-.3967xx	.2701x	-.1203	.0106
CSVD	-.3264xx	.6628x	.1567	-.3701xx	.0903
Landvolk	.0273	-.2782xx	.1281	.2477	-.3015xx
SPD	.3024xx	-.1443	-.3743xx	.8517xx	-.6645x
KPD	-.1973	-.2084	.2448	-.3456xx	.8849x

1) Partialkorrelationen, partialisiert gegen die gültigen Stimmen beider Wahlen und gegen die Einwohnerzahlen vom 16.6.1925 und 1933. Zu den Signifikanzhinweisen "x" oder "xx" vgl. die Legende von Tab. 4.

ist der NSDAP-Aufstieg im April bereits abgeschlossen. Um diese Betrachtung für die Einzelgemeinden sinnvoll (d.h. mit gehöriger Stimmenzahl) vornehmen zu können, werden die "bürgerlichen" Parteien zu zwei Gruppen - den traditionellen Parteien DNVP, DVP und DDP (BG I.1) sowie den "Durchgangsparteien" Landvolk, Wirtschaftspartei und CSVD (BG I.2) - und die Arbeiterparteien SPD und KPD zu einer Gruppe, der "Linken", zusammengefaßt.

Tabelle 8:

Signifikante Korrelationen ($p \leq .050$) in den 46 Gemeinden des Landkreises Kassel 1)

(RT/LT 1928 - LT 1932)

	keine sign. Korr.	GSt		BG11		BG12		Linke		NSDAP	
		+	-	+	-	+	-	+	-	+	-
NSDAP	2	33	0	0	23	0	5	1	35		
Linke	3	1	27	25	0	4	3			1	35
BG11	9	0	30			2	0	25	0	0	22
BG12	36	1	5	2	0			4	4	0	4

Legende:

GSt = gültige Stimmen

BG11 = DVP + DDP + DNVP (in % der GSt)

BG12 = CSVD + Landvolk + Wirtschaftspartei (in % d. GSt)

Linke = SPD + KPD (in % der GSt)

Auch die NSDAP-Stimmen werden in % der GSt korreliert

1) Aufgeführt werden nur die signifikanten Korrelationen, die mit einer Fehlerquote von 5 % nicht statistisch zufällig sind, sondern reale Tatbestände abbilden.

Es zeigt sich, daß die NSDAP etwa gleich vom Anwachsen der abgegebenen Stimmen und den Verlusten der bürgerlichen Parteien profitiert. Bis zum April 1932 spielen dabei die traditionellen bürgerlichen Mittelparteien eine vorrangigere Rolle als z. B. die DNVP-Abspaltungen und die Wirtschaftspartei. Erfolge der Arbeiterparteien und der NSDAP schließen sich hochgradig aus, nur in einem Ort wachsen beide Stimmanteile gleichzeitig. Deutlich unterscheiden sich die "Linken" auch bezüglich der Stimmenvermehrung und der Traditionsparteien von der NSDAP. Ebenso wie im Fall der "bürgerlichen" Parteien geht das Anwachsen der Stimmenkonten an den "Linken" vorbei. Die beiden Gruppen "bürgerlicher" Parteien weisen sehr unterschiedliche Rekrutierungszentren auf. Die Phasenunterschiede vom April und Juli 1932 deuten daraufhin, daß die NSDAP zuerst in den größeren und "verstädterten" Gemeinden Erfolge sammelt, daß die kleinen Landgemeinden erst im Laufe des Jahres 1932 vergleichbar hinzugewonnen werden. Indem die negativen Korrelationen zwischen den

alten bürgerlichen Parteien und der NSDAP in NSDAP-Zugewinne umgesetzt werden, stellt sich auch die eingangs erwähnte Polarisierung her, denn die Erfolgspotenziale dieser bürgerlichen Parteien sind gleichzeitig solche der SPD. In diesen Gemeinden - nach der obigen Tabelle handelt es sich um 23 bzw. 25 Orte - entwickelt sich 1932 die charakteristische Konfliktlage starker SPD- und NSDAP Wählerlager.

Obwohl die Durchführung von Regressionsanalysen am Tatbestand der Autokorrelation zu scheitern droht³⁶) (denn mangels Angaben über die Wahlberechtigten ist der Größenfaktor nicht kontrollierbar, bleiben die "Partei" der Nichtwähler und die Nettozugewinne des Elektorsats unberücksichtigt), weisen die bisher erprobten Regressionsmodelle doch zweifelsfrei darauf hin, daß die Ergebnisse der SPD und die Erfolge der NSDAP auf unterschiedliche Erklärungsfaktoren zurückzufolgern sind.

1928 wird der SPD-Erfolg wesentlich von der DDP, den gültigen Stimmen und der KPD beeinflußt, während 1930 und 1932 die weitgehende Statik der SPD 1930 vom Abschneiden von DDP, Landvolk, Wirtschaftspartei und CSVD sowie 1932 von dem der NSDAP und der Wirtschaftspartei abhängt. 1928 und 1930 beeinflußt also die DDP, 1930 und 1932 die Wirtschaftspartei (vor allem aber die NSDAP) das Abschneiden der SPD. Augenscheinlich ist es nur eine Frage der NSDAP, ob sie vor Ort die bürgerlichen Wähler sammelt, da alles darauf hindeutet, daß die SPD an diesem Auflösungsprozeß nur bezüglich der kleinen Anzahl vormaliger DDP-Wähler beteiligt ist.

Die NSDAP wird bereits 1928 durch schwache Ergebnisse der Wirtschaftspartei, DVP und DDP begünstigt. 1930 und 1932 profitiert sie vor allem vom Anwachsen der gültigen Stimmen (dem ein durchschnittliches Bevölkerungswachstum (1925 bis 1933) von 20 % zugrundeliegt) und davon, ob die KPD die SPD-Abgänge auffängt oder nicht. Geringeren Anteil haben dann noch die per saldo vergleichbar nicht so großen Stimmenverluste von Landvolk, Zentrum, CSVD, DVP und DNVP.

Bereits ein vorläufiges Regressionsmodell liefert bei Betrachtung der Residuen Hinweise auf diejenigen Gemeinden, in denen die Ergebnisse der NSDAP durch die genannten Wählerbewegungen/-änderungen besonders gut oder schlecht erklärt werden (gemäß Betrachtung der (un)standardisierten Residuen). In den Orten, in denen von 1928 bis 1932/I die NSDAP-Ergebnisse gut erfaßt werden, ist die Konkurrenz mit der SPD besonders ausgeprägt (was sich in sehr hohen Ne-

36) Auf einem Fehlniveau von 5 % belaufen sich d_u auf 1.48 und d_o auf 1.57 (bei $N = 45$, $k = 1$). Die Durbin-Watson-Tests für die NSDAP-Regressionsmodelle ("stepwise") (bei $d_{1928} = 2.2004$, $d_{1930} = 1.9177$, $d_{1932/I} = 2.40963$) liefern alle nicht entscheidbare Werte, so daß über die Gültigkeit der Befunde nichts ausgesagt werden kann. Zur Regressionsanalyse vgl. Dieter Urban, *Regressionsanalyse und Regressionstechnik* (Stuttgart 1982); J. Durbin, G. S. Watson, "Testing for Serial Correlation in Least Squares Regression II", in: *Biometrika* 38 (1951), S. 159 - 178, dort (S. 173 ff.) finden sich d-Wert-Vertafelungen.

Weiterführende Regressionsanalysen finden sich im "Wahlhandbuch" (Anm. 28).

gativkorrelationen ausdrückt). Dort prägen seitens der NSDAP auch das Auf sammeln bürgerlicher Wähler und die Teilhabe am Stimmenwachstum das Erscheinungsbild; die NSDAP bestimmt dort die politische Dynamik. Ein Vergleich dieser Orte (1928 sind es 15, 1930: 21 und 1932/I: 18 - mit $\text{PRESID} \leq \pm 5$) mit den negativen Ausreißern zeigt auf, daß sich das Anwachsen der NSDAP im allgemeinen durch auffällige Gleichförmigkeit auszeichnet. Als Ausreißer bezeichnen die Regressionsüberlegungen solche mittelgroßen Orte, die für die NSDAP überdurchschnittlich gute Abstimmungsergebnisse erbringen. Diese Orte erbringen NSDAP-Ergebnisse, die 1928 durchschnittlich um 100 %, 1930 um 24 % und 1932/I um 14 % über dem Kreisdurchschnitt liegen.

Insgesamt und zusammenfassend läßt sich für den Landkreis Kassel ein Bild zeichnen, das von der Statik bzw. leichten Abnahme der SPD (mit einer Prozentdifferenz 1928 - 1932/II von 14,8 gegenüber 21,5 im Reich und 31,2 in der Stadt Kassel) und von der Dynamik der NSDAP bestimmt wird. Insgesamt ist es die NSDAP, die davon profitiert, daß sichtlich alle nicht-sozialdemokratischen "Stammwähler" in Bewegung geraten, wobei sich die Situation für die SPD durch die mit der KPD erwachsende Konkurrenz noch weiter verschlechtert. Der SPD gelingt es zwar, knapp drei Viertel ihrer Wählerzahl (unklar bleibt, ob es sich dabei auch um ihre Wählerschaft handelt) zu bewahren und zu halten, ihre Stabilität ist also hoch; aber es gelingt ihr nicht, nennenswert positiv in die Auflösung des "bürgerlichen" Wählerpotentials, in die schrittweise Erosion des "bürgerlichen" Parteiensystems (der "alten" und der "neuen" Parteien) einzugreifen, um diese fließenden Wähler an sich zu binden; ebenso mißlingt es, den Nettozuwachs der Wählerstimmen zur SPD hinüberzuleiten. Beide letztgenannten Faktoren begünstigen die NSDAP (ortsweise kann auch die KPD davon profitieren).

Ein Kontrastgruppenvergleich (der mit den vorhandenen "Indikatoren" vorlieb nehmen muß) von NSDAP und SPD zeigt, daß diese politische Dynamik oder Statik sich maßgeblich nicht durch sozialstrukturelle Indikatoren wiedergeben läßt. Gewählt wird die Reichstagswahl vom 6. November 1932, weil die NSDAP in dieser Wahl die SPD um 7,3 Δ % übertrifft (mit 14.120 gegenüber 13.163 Stimmen) und zur stärksten Partei im Kreis wird (nachdem sie im Juli 1932 von der SPD noch um 166 Stimmen "übertagt" worden ist). Während die Wahl vom November 1932 im Reich eine Niederlage der NSDAP bedeutet, fällt ihr Abschwung im Landkreis Kassel deutlich schwächer aus; mit 957 Stimmen Vorsprung vor der SPD wird die NSDAP zur stärksten Partei (mit 37,9 % der gültigen Stimmen gegenüber 33,1 % im Reich vor den 35,3 %, die die SPD im Landkreis gewinnt oder den 20,4 % bzw. 25,3 % die im Reich bzw. in Kassel auf die Sozialdemokratie entfallen).

Beim Vergleich der Kontrastgruppenausdifferenzierung im Reich 37) und im Landkreis Kassel fällt auf, daß der Landkreis Kassel das Reichsmuster der länd-

37) Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen (Anm. 14), S. 195, 200.

Tabelle 9:

Kontrastgruppenvergleich der Stimmenanteile von NSDAP und SPD
im Landkreis Kassel

RT-Wahl vom 6.11.1932 (in % der gültigen Stimmen)

Kreis:

N = 46 Gemeinden
NSDAP = 37,9%
SPD = 35,3%

≤ 699 ≥ 700

Gemeindegröße:

N = 24
NSDAP = 40,7%
SPD = 34,8%

N = 22
NSDAP = 35,1%
SPD = 35,8%

landwirt-
schaftl.
Bev.:
(Ø 19,7%)

N = 22
NSDAP = 41,4%
SPD = 37,8%

N = 2
NSDAP = 33,3%
SPD = 49,7%

N = 11
NSDAP = 37,8%
SPD = 38,2%

N = 11
NSDAP = 37,0%
SPD = 32,3%

Grund-
steuer-
ertr.:
(Ø RM 20,01)

N = 10
NSDAP = 34,9%
SPD = 40,7%

N = 2
NSDAP = 33,3%
SPD = 49,7%

N = 0
NSDAP = 33,3%
SPD = 49,7%

N = 5
NSDAP = 35,9%
SPD = 41,5%

N = 6
NSDAP = 39,4%
SPD = 35,5%

N = 10
NSDAP = 37,1%
SPD = 33,2%

N = 1
NSDAP = 36,1%
SPD = 23,5%

lich-evangelischen Linie der NSDAP bezüglich der Arbeiter und der Wirtschaftsabteilungen mit geringen Abweichungen nachzeichnet, während die SPD stärker vom Reich abweicht, sofern im Landkreis ihre Schwerpunkte in größeren Gemeinden mit bedeutenderem Landwirtschaftsanteil liegen. Angesichts der Datenlage sollte dieser Eindruck nicht überbewertet werden, aber der Kontrastgruppenvergleich bezüglich der positiven oder negativen Abweichung vom durchschnittlichen Grundsteuerertrag der Gemeinden "bestätigt" einen weiteren Befund (Falters 38). Die Schwerpunkte der SPD liegen eher in Orten mit überdurchschnittlichem Steuerertrag als die der NSDAP, die in diesen Gemeindegruppen im Vergleich zum Kreisergebnis durchschnittlich um 2,5 % schlechtere Ergebnisse erzielt.

7. Zusammenfassung

Nationalsozialistische Dynamisierung der Politik und das sozialmoralische Milieu der Sozialdemokratie auf dem Lande

"Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden." - "Die soziale Revolution... kann ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit schöpfen, sondern nur aus der Zukunft."

(K. Marx 1852)

Globale Sichtweisen, wie sie als "Scharnier" zwischen den alten Makrostudien und der disparaten Fülle neuerer Lokal- und Regionaluntersuchungen z.B. von Kurt Sontheimer und Karl Dietrich Bracher³⁹⁾ vorgetragen werden, halten dem erreichten Differenzierungsgrad nicht stand, wenn das Verhältnis von "Moderne" und "Traditionalismus", von politischer Demokratie und autoritärer Sozialordnung von "Stabilität" und "Dynamik" - kurz: wenn ungleichzeitige Entwicklungsverläufe und Disparitäten zwischen "Politik" und "Gesellschaft" in der End-/Auflösungsphase der Weimarer Republik - dargestellt werden sollen. Die tatsächliche Dialektik kann in Anlehnung an Lepsius und Falter⁴⁰⁾ als eine Mi-

38) Ebd. S. 206.

39) Vgl. Kurt Sontheimer, "Die politische Kultur der Weimarer Republik", und Karl Dietrich Bracher, "Dualismus oder Gleichschaltung: Der Faktor Preußen in der Weimarer Republik", beide in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke u. Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik, Düsseldorf 1987, S. 454 ff., 535 ff.

schung von extremer Instabilität und Stabilität bzw. als eine Stabilität von "Lagern" bei gleichzeitiger Instabilität und Radikalisierung in diesen "Lagern" begriffen werden.

Lepsius' Konzept der konstanten "sozialmoralischen Milieus" und des stabilen Parteiensystems, demzufolge die NSDAP lediglich in ein nach 1924 sich eröffnendes "Orientierungsvakuum" hineinwächst, überschreitet zwar die enge klassensoziologische Sichtweise und weist darauf hin, daß sich politische Apparate und "cleavages" durch die "sozialmoralische Einheit" der "Milieus" mit entsprechenden Brechungen zeigen. Das Konzept versagt aber, wenn es zu bestimmen gilt, ob eine auch agrarisch-hausindustriell geprägte Sozialdemokratie primär als Sozialdemokratie oder als ein dörfliches Unterschichtenmilieu von "Arbeiterbauern" zu begreifen ist. Die Ergebnisse der Betrachtung des Landkreises Kassel - ebenso wie diejenigen von Michaela Wenniger-Richter 41) - deuten darauf hin, daß diese Streitfrage durch die politische Polarisierung und Dynamik angesichts von Weltwirtschaftskrise und politischen Delegitimierungen der Parteien, Institutionen und Repräsentanten des "Weimarer Systems" akut wird. Diese Dynamik wird im Lepsius'schen Konzept der Milieukonstanz untergeordnet.

Parteien sind Agenten von Milieus, aber ein Milieu kann als überparteilicher Sozialzusammenhang unterschiedliche Parteien gleichermaßen bestimmen. Parteien (der "Moderne") sind nur teilweise in einem Milieu verankert und beziehen sich auf Konzepte wie Prozesse, die außerhalb dieser kleinräumlichen Bestimmungsgründe liegen. Diese Dynamik führt in der End-/Auflösungsphase der Weimarer Republik zum Aufbrechen der Beziehungen zwischen überregionaler Politik und dem milieuverhafteten Alltagsverhalten. Träger dieses dynamischen Milieubruchs ist die NSDAP, insofern sie den Arbeiterparteien in der Region die Legitimation abspricht. Die traditionellen Begrenzungen politischer Konflikte angesichts der gemeinsamen Ökonomie des "Arbeitsleuteverhältnisses" und der subsistenzwirtschaftlichen Krisenökonomie werden von der NSDAP (nicht von SPD oder KPD) aufgegeben. Die NSDAP propagiert die Anbindung des "sozialmoralischen Milieus" an die Dynamik einer Staatspolitik, die dadurch legitimiert wird, daß sie als Vernichtung einer "volksfremden" Politik seitens der Arbeiterparteien

40) Vgl. die Zusammenfassungen der Arbeiten von Jürgen W. Falter, "Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP", in: Bracher u.a. (Hrsg.), Die Weimarer Republik (Anm. 39), S. 484 - 504; ders., "Die Wähler der NSDAP 1928 - 1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft", in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn/München/Wien/Zürich 1984, S. 47 - 59.

Als eigenständigere Studie cf. jetzt auch Jürgen W. Falter, "The National Socialist Mobilisation of New Voters: 1928 - 1933", in: Thomas Childers (Hrsg.), The Formation of the Nazi Constituency 1919 - 1933 (London u. Sydney 1986), S. 202 - 231. - Grundsätzlich vgl. den Hinw. von Anm. 22 und Anm. 33.

41) Vgl. Wenniger-Richter, The National Socialist Electoral Breakthrough (Anm. 22), S. 282, 288 f., 301, 324; Hennig, Politischer Wandel (Anm. 3), S. 98ff., 107ff.

propagiert wird. Gegenüber den lokalen Honoratioren und den durch sie repräsentierten, lediglich informell organisierten "bürgerlichen" Parteien oder Einpunktorganisationen (wie dem Landvolk für die Bauern, der Wirtschaftspartei für "mittelständische" Hausbesitzer und Kleingewerbetreibende, dem CSVD für orthodox-"renitente" evangelische Christen bzw. Pfarrgemeinden) vertritt die NSDAP "bürgerlicherseits" (wie SPD und KPD für die Arbeiterbevölkerung) ein transregionales, apparathaft-organisiertes und allgemeines Politikkonzept. Der "bürgerlichen" Klientel kann sie aufzeigen, daß die staatspolitische Wendung notwendig ist, um angesichts der Krise in der Region bestehen zu können. Diese Verbindung von allgemeiner Dynamik und besonderer Statik gelingt den Arbeiterparteien nicht mehr. Sie werden mit dem System, mit der preußischen Regierung, der Verfassung und den lösungsunfähigen "Regierungen" in Berlin, Kassel und vor Ort, identifiziert und gleichzeitig aus der kleinbürgerlich-bäuerlichen Substanz des "sozialmoralischen Milieus" herausgedrängt. Die NSDAP greift dabei sowohl dynamische Modernisierungen wie statisch-bezogene Ängste auf und wendet sie gegen SPD und KPD, um schrittweise die vormaligen "bürgerlichen" Wähler einzusammeln. Sie tritt auf (und wird so akzeptiert) als Versöhnung zwischen Dynamik und Statik, so daß die Essenz des statischen Milieus bewahrt wird bzw. wieder zur Ruhe kommen kann. Augenscheinlich kann die NSDAP angesichts des Zerfalls aller "bürgerlichen" Parteien im "sozialmoralischen Milieu" eine sichtbar respektable Politik vorstellen, weil sie den "wahrgenommenen Normen der primären Umwelt" (E. Scheuch) 42) aus Sicht aller Nicht-"Linken" entspricht. Es muß in Rechnung gestellt werden, daß sich die Gemeinden um 1930 in einem Wandlungsprozeß befinden, an dem seit 1890/1900 zwei Generationen beteiligt sind. Dieser Wandlungsprozeß besteht im Wechsel von Bauern- zu Arbeiterbauerngemeinden, ein erheblicher Teil der Kasseler Arbeiterschaft wohnt im Umland, wo sich die Arbeiter in zwei Generationen von angelernten Arbeitern und Arbeitern im "primären" Sektor (Steinbruch, Holzarbeit, Maurer) zu Metallfacharbeitern qualifizieren. Parallel dazu verdoppelt sich im dörflichen Milieu, dessen materieller Grund das "Arbeitsleuteverhältnis" und die familienwirtschaftliche Subsistenz darstellen, die politische Kultur in einem "deutschen" und einem "freien" Teil. Einzige Klammer des Milieus ist das "Arbeitsleuteverhältnis", in dem Bauern, Kleingewerbetreibende und Arbeiterpendler (als "Mondscheinbauern") kooperieren. Die Arbeiter und Arbeiterfrauen bringen ihre Arbeitskraft ein, die Bauern benötigen deshalb keine Landarbeiter, als Gegenleistung können die Arbeiter bei der Feldbestellung auf die Spanndienste der Bauern zurückgreifen. Im besten Fall ist dies ein bargeldloser Tausch, im Regelfall müssen die Arbeiterbauern am Jahresende noch nachzahlen. Dennoch halten sie an dieser dörflichen Basis fest, weil sie ihnen im Ver-

42) Vgl. Erwin K. Scheuch, "Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten", in: ders. u. Rudolf Wildenmann (Hrsg.), *Zur Soziologie der Wahl* = Sonderh. 9, KZfSS (1965), S. 169 - 214.

gleich zu den städtischen Kollegen ein gesicherteres und krisenfesteres Familieneinkommen - besonders eine bessere Ernährungslage - garantiert. Das hohe Maß an Selbstausbeutung fällt demgegenüber nicht ins Gewicht und verbindet im übrigen wiederum die gesamte dörfliche Einwohnerschaft, die keine Rentiers kennt. Dennoch bleiben die Arbeiterbauern in dieser Gemeinschaft die Neuerer, die mit der SPD eine nationalpolitische Perspektive und mit der Industriearbeit einen sozioökonomischen Wandlungsprozess repräsentieren. Angesichts der Weltwirtschaftskrise artikuliert sich dieses traditionelle "sozialmoralische" Milieu dann als nationalsozialistisch angeleitete und über die NSDAP auch reichsweit organisierte Defensive. Beide Teile des Milieus entwickeln in dieser Konstellation hohe Bindekräfte, deren Gegeneinander auch die "cleavages" im Milieu der Dörfer, Arbeiterwohngemeinden und Gartenstädte hervorhebt. (Im Gegensatz zur abstrakteren Stadt mildert dennoch die Praxis des "Arbeitsleuteverhältnisses" das Ausmaß politischer Gewalt.)

Angesichts dieser Aktualisierung und Zuspitzung des Konfliktpotentials der längerfristigen Umorientierungsprozesse in einem "kapitalistischen Ständestaat" (M. J. Bonn) 43) und in einer weitgehend noch parochialen, nicht aber intermediären Umwelt 44) muß Lepsius' Konzept des "sozialmoralischen Milieus" dynamisiert werden. Stabilität und Dynamik fallen angesichts der von außer hereinbrechenden Wandlungsprozesse der Weltwirtschaftskrise, der Agonie eines sozialdemokratisch geführten Preußens und der Handlungunfähigkeit des autoritären Systems der Weimarer Präsidialkabinette auseinander und drücken sich im Gegensatz einerseits von SPD (und KPD) und andererseits (nach 1929/30) der NSDAP aus. Diese Konstellation fordert eine Deszision der Wählerschaft, deren Ausschließlichkeit die vorher noch traditionell abgemilderten "cleavages" zwischen Arbeitern und "Kleinbürgern" hervortreten läßt. Insofern sich diese Dichotomie herausbildet, verdichtet sich die "bürgerliche" Option für die NSDAP, die insofern modern ist, als sie dem Apparat und dem nationalpolitischen Anspruch der Arbeiter ähnliches entgegensetzt. Vormoderne "kleinbürgerliche" Reaktionen auf Krise und Polarisierung sind die "Einpunktorganisationen" Landvolk, Wirtschaftspartei und CSVD, die 1930 und 1932 aber nur in 5 oder 6 Gemeinden des Landkreises ein eigenes politisches Kolorit ausprägen, die ansonsten aber (vgl. Tab. 8) sehr unkonturiert bleiben und in der Wahl Juli 1932 ihre Wähler (bis auf die CSVD) überwiegend an die NSDAP abgeben (vgl. die Tabellen 6 und 7). Insofern beendet die NSDAP einen Politisierungsprozeß, der die Wähler aus dem "sozialmoralischen Milieu" an die destabilisierenden Kräfte eines aktuell und sichtbar werdenden rapiden Wandels heranführt, der das Organisationsvakuum der nur über lokale Honorationen präsenten "alten" "bür-

43) Vgl. M. J. Bonn, Das Schicksal des deutschen Kapitalismus, Berlin 1930; Mancur Olson, "Rapid Growth as a Destabilizing Force", in: The Journal of Economic History 23 (1963), S. 529 - 552.

44) Vgl. Anm. 42.

gerlichen" Parteien ausfüllt und der gegen den "Ansturm" der "Linken" ein "Lager" versammelt und formiert. Dieser Prozeß wird 1930 sichtbar, nachdem er 1928 und vor allem am 17.11.1929 bei den Gemeindewahlen und der Wahl zum Kasseler Provinziallandtag (mit 6,3 % der gültigen Stimmen für die NSDAP und 23,7 % für eine hessische "Arbeitsgemeinschaft Stadt und Land") einsetzt. Am 15.9.1930 kommentiert das "Kasseler Tageblatt" das Reichstagswahlergebnis im Landkreis Kassel durch Hinweise auf die SPD-Verluste und den überdurchschnittlichen Zuwachs der NSDAP. Vor allem aber sieht diese ("liberale") Zeitung "ganz große Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen", wobei auf das Anwachsen von Landvolk und CSVD hingewiesen wird. Die Wahlanalyse zeigt, daß diese Bewegung der Wähler außerhalb der sozialdemokratischen Repräsentation des "sozialmoralischen Milieus" schrittweise zur NSDAP führt. Insofern kann die regionale Analyse zur Dynamisierung des Milieukonzepts beitragen und Licht auf "die Durchsetzungs- und Mobilisierungsstrategien der NSDAP werden"⁴⁵⁾ - in einer Form, die für die regressionsanalytischen Wählerwanderungsmodelle einen breiteren und materialgesättigten sozioökonomischen, politisch-kulturellen und organisationspolitischen Kontext erschließt.

45) Vgl. die "forschungsstrategischen Konsequenzen", die Manfred Küchler mit einer Kritik der nur "wählerwanderungsfixierten" historischen Wahlforschung verbindet: Die Wahlerfolge der NSDAP (Anm. 13), S. 37.